

# Holzarbeiter-Zeitung.

## Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sonie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.  
Abonnementpreis M 1 pro Quartal, ohne Beleggeld.  
Post-Nr.: 3564.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Möste, Hamburg;  
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Wismarstr. 10.

Inserte  
für die hiergespaltene Zeitspalt ober deren Raum 40 A.  
Bergungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 A.  
Versammlungsanzeigen 10 A. Beilagen nach Uebereinkunft.

### Kolnubewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

### Erdmannsthal. (Telegr.) Wegen Maßregelung Zuzug fern halten.

Zuzug ist fern zu halten von:

- Tischlern nach Jena (Vornth & Naumann), Worms, Münster (Firma Wwe. Keller), Neudern (Firma Kromer & Co.), Stuttgart (Möhner & Co.), Sudenwalde (Wwe. Ferns), Pandsberg a. d. Warthe, (G. Morig), Prien a. Chiemsee (Barthol. Sidtner), Sagen i. W. (Turngerätfabrik W. Meyer), München;
- Tischlern und Lackirern nach Neu-Jensenburg;
- Tischlern, Drechslern, Postirern und Maschinenarbeitern nach Finsterwalde (Tischfabrik Curt Winkler);
- Modelltischlern und Drechslern nach Berlin (Union Elektr.-Gesellschaft und Firma Lindw. Löwe);
- Tischlern und Stellmachern nach Kattatt (Waggonfabrik);
- Tischlern, Maschinenarbeitern und Drechslern nach Saalfeld a. d. S. (Firma Adam Schmidt);
- Drechslern nach Zeitz (Worms);
- Dorndrechslern nach Coblenz (Firma Densmer & Hartmann);
- Berlinmutter-Knopfdrechslern nach Berga (Rob. Meier jr.);
- Umbaumachern nach Berlin (Firma Schopf & Liebe);
- Korbmachern nach Düben (Kinderwagenfabrik);
- Kammachern nach Lauterbach bei Schramberg (Firma Buchholz).

### Zur Arbeitslosenunterstützung.

Nachdem jetzt eine so große Zahl von Mitgliedern in dieser Debatte ihre Meinung ausgesprochen und dabei auch eine Reihe von Angriffen und Vorwürfen gegen den Vorstand abgefallen ist, dürfte es nunmehr angebracht und an der Zeit sein, daß auch wir noch einmal das Wort nehmen. Aber nicht auf alle gemachten Einwendungen und Ausstellungen können und wollen wir eingehen, sondern werden uns darauf beschränken, nur die wichtigsten Punkte noch zu behandeln.

Besonders machen sich einige Richtigstellungen notwendig. So hat der Kollege Lindner bezüglich der Arbeitslosenzählung die Behauptung aufgestellt: „Daß der Vorstand von vornherein garnicht die Absicht gehabt habe, in statistischem Sinne die Frage der Arbeitslosigkeit zu untersuchen, d. h. festzustellen, inwiefern unsere Organisation durch die Krisis in Mitleidenschaft gezogen, sondern daß die ganze Zählung keinen anderen Zweck gehabt, als der Mehrheit der Mitglieder gegen ihren Willen die Durchführbarkeit der Arbeitslosen-Unterstützung zu beweisen. Dies einseitige Vorgehen des Vorstandes sei geeignet, das Vertrauen der Mitglieder zu erschüttern etc.“

Wenn irgend Jemand dem Kollegen Lindner unterschreiben würde, er hätte mit seinen Veröffentlichungen nicht etwa die Absicht, gegen die Arbeitslosen-Unterstützung Stimmung zu machen, sondern irgend einen unlauteren Nebenzweck verfolgt, er würde ganz gewiß und mit Recht diese Unterstellung unterstützt zurückweisen. Nun hat aber auch der Vorstand unter den wahren Zweck der Arbeitslosenzählung keinen Zweifel gelassen, wie aus den öffentlichen Bekanntmachungen in den Nummern 4, 5 und 6 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom vorigen Jahre hervorgeht. Woher nimmt demgegenüber der Kollege Lindner den Muth, dem Vorstande eine ganz andere Nebenabsicht zu unterschreiben?

Aber auch die thatsächliche Bearbeitung des Zählungsergebnisses widerspricht durchaus dem Vorwurf Lindner's. Man möge die umfangreichen Veröffentlichungen über die Resultate der Statistik nur einmal wirklich lesen, und uns dann sagen, nach welcher Richtung dieselben noch weiter hätten statistisch ausgebeutet werden sollen. Leider müssen wir uns beklagen, daß unsere Mühe, die wir diesbezüglich an die gründliche Bearbeitung der Statistik verwendeten,

von den Mitgliedern fast garnicht gelohnt, daß die veröffentlichten Ergebnisse bezüglich wenig beachtet wurden und nach wenigen Wochen schon ganz vergessen waren.

Daß daneben die Zählungsergebnisse auch verwertet wurden, um über die eventuellen Kosten der Arbeitslosenunterstützung uns und sämtlichen Mitgliedern Klarheit zu verschaffen, war doch einfach eine selbstverständliche Pflicht des Vorstandes. Sollten wir den Mitgliedern vielleicht diese Lehren der Statistik verschweigen, um sie absichtlich in Unklarheit zu lassen? Trachtet nicht Jeder von uns auf allen Gebieten nach Klarheit und Ueberzeugung? Wie kann also Kollege Lindner der Mehrzahl der Verbandsmitglieder nachsagen, daß sie gegen ihren Willen von uns überzeugt werden mußten! Es sind ganz sicher nur einige Wenige der eragierten Gegner der Arbeitslosenunterstützung, welchen die Veröffentlichung dieser statistischen Erhebungen unangenehm gewesen sein mag. Alle übrigen Gegner und vor Allem die große Zahl der Befürworter der Arbeitslosenunterstützung werden dagegen dem Kollegen Schred belgepflichtet haben, als derselbe, trotz seiner Gegnerschaft, in seinem Eingekandt die Statistik als einen dankenswerthen Beitrag zur Klärung bezeichnete.

Im Ferneren ist von mehreren Seiten auch die Wichtigkeit des Zählungsergebnisses angezweifelt und dasselbe als „garnicht maßgebend“ bezeichnet worden, weil sich ein größerer Theil der Mitglieder nicht betheiligt hat. Kollege Lindner begründet damit auch seinen Zweifel an der Wichtigkeit des statistischen Nachweises, daß die Mitglieder in den kleinen Städten ebenso sehr der Gefahr der Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind als die großstädtischen Kollegen. „Ja, wenn das nur wahr wäre“, ruft er aus und behauptet, das komme nur daher, weil gerade in den großen Zählstellen sich so viele und namentlich arbeitslose Mitglieder an der Zählung garnicht betheiligt hätten. Ja, auf dem Gantag in Görlitz sprach er sogar offen den Verdacht aus, daß in den großen Städten bei der Zählung „gemogelt“ worden sein könnte.

Nun ist ja leider richtig, daß z. B. bei der zweiten Zählung am 16. August rund 22 000 Mitglieder keinen Zählchein abgegeben haben. Man hat eingewendet, daß diese „sicher nicht alle in Arbeit gewesen“ seien. Nein, aber damit ist selbstverständlich in der Statistik auch nicht gerechnet worden. Wie aus den veröffentlichten Zahlen völlig klar hervorgeht, der Prozentfuß der Arbeitslosen ist nur von der Zahl der betheiligten Mitglieder berechnet und ebenso hat allen anderen Berechnungen nur diese Zahl (48 685 Mitglieder) zu Grunde gelegen. Daher würde auch an dem erlangten Resultat garnichts geändert, wenn wir die nichtbetheiligten 22 000 Mitglieder ebenfalls noch mit 8 pSt. Arbeitslosen von betheiligten 48 685 Mitgliedern zurechnen. Zu den jetzt gezählten 8911 Arbeitslosen kämen alsdann noch 1760 hinzu, ihre Gesamtzahl würde also auf 5671 steigen. Dann wären aber auch die Kosten der Unterstützung nicht mehr bloß auf die betheiligten 48 685, sondern nunmehr auf die Gesamtzahl der Mitglieder zu vertheilen, und die Rechnung würde kein anderes Resultat ergeben, als das von uns veröffentlichte.

Sollten nun wirklich 1760 Arbeitslose sich von der Zählung ausgeschlossen haben? Bei welchen Mitgliedern war denn von vornherein das größere Interesse an der Zählung voranzusehen, bei den in Arbeit stehenden oder bei den arbeitslosen? Wir glauben bei den arbeitslosen und hauptsächlich aus diesem Grunde setzten wir auf den Zählchein neben der Frage nach der Arbeitslosigkeit auch eine weitere, an die in Arbeit stehenden Mitglieder gerichtete Frage, um hierdurch auch deren Interesse an der Zählung zu erregen. Es darf daher mindestens angenommen werden, daß sich die arbeitslosen Mitglieder als die meistinteressirten in höherem Maße an der Zählung betheiligt haben als die beschäftigten und kann deshalb als ausgeschlossen gelten, daß unter den nichtbetheiligten Mitgliedern etwa gar noch ein

höherer Prozentfuß Arbeitsloser vorhanden war, als unter den betheiligten.

Wer diese Folgerung nicht anerkennen will, für den sei noch der folgende direkte Beweis geführt. Unter den größeren Zählstellen ist Nürnberg diejenige, deren Mitglieder am wenigsten, nämlich nur mit 44 pSt., sich an der Zählung betheiligten. Als arbeitslos am 16. August, resp. in den vorausgegangenen sechs Wochen, wurden 65 Mitglieder gezählt, gleich rund 6 pSt. der an der Zählung betheiligten 1115 Mitglieder. Angenommen nun, von den nichtbetheiligten 1250 Nürnberger Mitgliedern seien gleichfalls 6 pSt. arbeitslos gewesen, so kämen noch 75 Arbeitslose zu den durch die Zählung ermittelten hinzu und wir hätten zusammen 140 Arbeitslose. Nun werden bekanntlich für die arbeitslosen Wochen keine Verbandsbeiträge erhoben und in der jeweiligen Quartalsabrechnung steht bei den betreffenden Mitgliedern die Zahl dieser beitragsfreien Wochen vermerkt, es ist also aus der Abrechnung die Zahl der Mitglieder, welche im Laufe des Quartals arbeitslos waren, zu ersehen. Wären nun in jenen, für die Zählung in Frage kommenden sechs Wochen wirklich 140 Arbeitslose in Nürnberg gewesen, so müßten, ganz abgesehen von den übrigen sieben Wochen des Quartals, auch wenigstens annähernd so viel beitragsfreie Mitglieder in der Abrechnung stehen. Nach der Abrechnung aber sind in den ganzen 13 Wochen des Quartals nur 77 Mitglieder in Nürnberg arbeitslos gewesen — womit erwiesen ist, daß an der Zählung am 16. August die Arbeitslosen wohl ausnahmslos theilgenommen haben und daß die nichtbetheiligten Mitglieder wohl ausnahmslos nicht arbeitslos waren.

Dasselbe läßt sich für Frankfurt a. M. feststellen, welches in Bezug auf die geringe Betheiligung der Mitglieder an der Zählung sich Nürnberg anschließt. In Frankfurt wurden bei der Zählung insgesammt 58 Arbeitslose festgestellt, während die Abrechnung für das ganze Quartal überhaopt nur 27 beitragsfreie Mitglieder aufgeführt, welche Differenz sich daraus erklärt, daß bei den Arbeitslosen auch die Zugereisten mitgezählt sind, sowie auch diejenigen, deren Arbeitslosigkeit nur einzelne Tage dauerte. Letzteres trifft natürlich auch bei Nürnberg zu, trotzdem aber dürften diese beiden Beispiele zur Genüge darthun, daß, wenn sich alle Mitglieder an der Arbeitslosenzählung betheiligt hätten, das Resultat in Bezug auf die Durchführbarkeit der Arbeitslosenunterstützung sich nicht ungünstiger, sondern höchstwahrscheinlich noch günstiger erwiesen haben würde.

So viel in Bezug auf die Angriffe gegen die Statistik. Ueber die Beitragsfrage können wir kürzer hinweggehen, nachdem Kollege Umbreit dieselbe in so erschöpfender Weise behandelt hat. Wir haben gegen seine Berechnungen nur den einen Einwand zu erheben, daß er unseres Erachtens bezüglich der Steigerung der Arbeitslosigkeit bis in das Jahr 1905 allzu schwarz sieht. Nach der Uebersicht, die wir über die Lage des Arbeitsmarktes haben, können wir an diese Steigerung nicht glauben.

Trotzdem weisen die von uns nachgeprüften Berechnungen Umbreit's gleichfalls die Durchführbarkeit der Arbeitslosenunterstützung mit einem Zehn-Pfennig-Beitrag unzweifelhaft nach, und wenn von mehreren Seiten Anstoß daran genommen wurde, daß Umbreit, anstatt der Verbandskasse Mittel zuzuführen, ihr noch solche für Verwaltungskosten zu Gunsten der Arbeitslosenunterstützung entziehen will, so glauben wir darauf aufmerksam machen zu sollen, daß Umbreit die aus dem angelegten Unterstützungsfonds sich ergebenden Zinsenerträge völlig vergessen hat, welche die von ihm aufgestellte Einnahmesumme um so viel erhöhen werden, daß daraus, also ohne einen Zuschuß aus der Verbandskasse, die wirklichen Verwaltungskosten jedenfalls vollständig bestreiten werden können.

Es dürfte nicht unangebracht sein, an dieser Stelle hervorzuheben, daß die Mitglieder des Verbandsvorstandes

**Versammlungs-Anzeiger.**

**Braunschweig.** Sonnabend, den 1. März, Abends 8½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Werber 32.

**Dresden.** Am Dienstag, den 25. Februar, Abds. 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Albrechtstraße 41. Tagesordnung: 1. Anträge zum Verbandstag u. Statutenberatung. 2. Berichtserstattung vom Gautag. 3. Verbands- und gewerkschaftliche Angelegenheiten.

**Emden.** Donnerstag, 27. Februar, 6. Menthe. Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 15. eines jeden Monats im Hotel „Schützenhaus“ statt.

**Wiesbaden.** Jeden 2. und 4. Samstag im Monat, Abends 9 Uhr, in „Zu den drei Königen“, Marktstraße 26.

**Anzeigen.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

**Barth a. d. Ostsee.** Bevollm. L. Boett, Baustraße 99. Reiseunterstützung zahlt G. Gerstner, Poststr. 184, Mittags von 12-1, Abends von 6½-7½ Uhr aus. Verkehr bei W. Böhmer, Dammtor.

**Ebenfoben.** Bevollm. Heinrich Heißler, Klosterstraße 69. Kassierer Heinrich Korn, Ebesheimerstraße. Letzterer zahlt die Reiseunterstützung Mittags von 12-1 und Abends von 6½-8 Uhr aus.

**Füssen.** Unser Verkehrslokal befindet sich forlan im „Gasthaus zum Laum“, Reichenstraße. Reiseunterstützung zahlt aus der Kassierer Karl Alder, Franziskanerstr. 130, Mittags von 12-1 und Abends von 6-7 Uhr.

**Die Ortsverwaltung.**

**Bartha.** Bevollm. Oskar Steller, Annenstr. 6. Kassierer Oskar Schmiedel, Bismarckstr. 6. Letzterer zahlt die Reiseunterstützung Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr aus.

**Rönigsberg, N.-M.** Bevollmächtigter M. Berger, Vernikowstr. 389. Kassierer E. Schöner, Verkehrslokal Klosterstr. 279. Dasselbe wird die Reiseunterstützung jeden Abend von 7-8½ Uhr ausbezahlt.

**Sterbetafel**

des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

**Ed. Müller,** Maschinenarbeiter, geb. 14. 2. 54 zu Schön-Johnsdorf, gest. 14. 2. 1902 an Lungenerkrankung zu Leipzig.

**Max Bormann,** geb. 3. 3. 69 zu Klingenberg, gest. 11. 2. 1902 im Krankenhaus zu Dresden. Verm. Hainberg.

**Richard Schincke,** Tischler, geb. 19. 10. 78 zu Würs, gest. 10. 2. 1902 an der Proletarierkrankheit zu Stendal.

Ehre ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltungen.

Der Modelltischler **August Pohl**, geb. 27. Dezember 1873 zu Döherleben, Buch-Nr. 78 664, wird aufgefordert, das der Bibliothek entliehene Buch abzuliefern. Wir bitten die Kollegen, uns den Aufenthalt des pp. Pohl mitzuteilen.

**Die Ortsverwaltung Halle a. d. S.**

Tischler **Eberhard Zosel** aus Meßersdorf, Kreis Lauban (Schlesien), sende Deine Adresse an Deinen Kollegen **Leo Klamer**, Zeitg., Kaiser Wilhelmstr. 39.

Der Tischler **J. Pribick** wird hiermit gebeten, seine Adresse betreffs seiner Klage gegen **Wilh. Peters, Magdeburg,** Schuhbrücke 11.

**Georg Alford Schmidt,** Wagenbauer, wird um seine Adresse ersucht. Die Kollegen, welche seinen Aufenthalt wissen, werden um Mitteilung gebeten.

**Herm. Richter,** Buchbinder, Hannover, St. Davenstr. 16.

**Paul Schmidt,** Tischler (taub), geb. am 1. 1. 61 zu Wollfenstein, sende sofort Deine Adresse. Deine Mutter ist sehr um Dich besorgt. Kollegen, die den Aufenthalt wissen, werden freundlich gebeten, die Adresse zu senden oder Sch. hierauf aufmerksam zu machen.

**H. Buchholz,** Tischl., Kosenstr. 4.

**H. Halinowski,** Modelltischler, aus Wismar, sende Deine Adresse an **Rich. Jorns,** Weslar, Hermannstr. 60.

**Verwaltungsstelle Waldheim.**  
Sonntag, den 23. Februar:

**Geselliges Beisammensein**  
der Holzarbeiter  
in Anwesenheit Aug. Gieseler, Dreienberg.  
Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

**Liedertafel „Loreley“**

(Holzarbeiter Altonas).

**2. Wintervergnügen,**  
bestehend in Gesang, humoristischen Vorträgen etc. und nachfolgendem Ball am Sonnabend, den 1. März 1902 im Lokale des Herrn **Eckhoff, Gr. Freiheit, Altona.** Preis der Karte für Herrn nebst Dame 40 M Saalöffnung 8 Uhr. Anfang 8½ Uhr Hierzu ladet freundlich ein **Der Vorstand.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband/Verwaltungsstelle Kassel.**

Sonnabend, 1. März, Abends 8 Uhr: **Große Karnevalistische Abendunterhaltung** mit nachfolgendem **Tanz** auf dem „**Bunten Bod**“.

Eintritt 20 M. Eine Dame frei, jede weitere 10 M. **Das Comité.**

Ein junger, tüchtiger Drechsler sucht Stellung am liebsten im Rheinland. Gef. Off. u. R. C. 113 an d. Expedition d. Bl.

Ein **Korbmachergehilfe**, tüchtig auf Geschlagenes und Gestellarbeit, findet sofort dauernde und gut lohnende Beschäftigung bei **Gust. Rose, Bad Zinnenau i. Th.**

Suche per sofort **5 Korbmacher** auf Groß- und Kleingeschlagen, speziell 1 und 2 Deckkörbe, bei hohem Akkordlohn. Dauernde Stellung. **Karl Handtmann, Sibirach a. Rhf (Württemberg).**

Ein **Korbmachergeselle** auf grün geschlagene Arbeit (Eisenkörbe) gesucht auf sofort bei dauernder Beschäftigung. **A. Thiemer, Schöningen.**

Sofort ein tüchtiger **Korbmachergehilfe**, unversehrtheit, für Staubfilter und geschlagene Arbeit gesucht. **Hermann Schälze, Bielefeld, Ulmenstr. 9.**

**2 Korbmachergesellen** auf Esparto und gemastete Stühle. Reisegeld vergütet. **Carl Schmiedecke, Korbmachermeister, Magdeburg, Roggenstr. 68.**

Gesucht sofort **2 tüchtige Bürstenmacher** auf Besen, Whisen und Einziegen. **C. P. Jørgensen, Randers (Dänemark).**

Ein tüchtiger, solider **Bürstenmacher** findet dauernde Arbeit bei **Martin Schüder, Bürstenmacher, Winterthur (Schweiz).**

Korkschneider, geübt auf Stand u. Bohr, findet dauernde Stellung. **Gloppenburger Korkwaarenfabrik, Gloppenburger i. D.**

**Arbeitsnachweis der Korkarbeiter.**

**1 Hundrundschnneider** und **1 Bohrmaschinen-schnneider** sofort gesucht. **Wilh. Schneek, Frankfurt a. M., Alte Mainzerstraße 38, 1. St.**

Einen nicht, freib. **Schreiner**, welcher sich eine Lebensgenossin gründen möchte und circa M. 4-6000 einlegen kann, ist Gelegenheit geboten, sich an einer flottgehenden Schreinerei mit Kraftbetrieb zu beteiligen. Ehemalig würde auch ein anderer Mann, welcher nicht Schreiner ist, angenommen. Offerten unter **M. K. 112** an die Expedition d. Blattes.

**C. Bratsch, Reinickendorf-Berlin.**  
**Bratsch's Politur „Unerreicht“**  
**Bratsch's Eichen-Wachsbeizen**  
**Bratsch's weltberühmt. Mattlack**  
**Bratsch's Schellack-Porenfüller**  
**Bratsch's Politur- u. Glanzlacke**  
**sind die besten.**  
Prämiiert:  
**Leipzig und Gewerbeausstell. Berlin.**

**Dübelbohren** gezähnt, 8, 10, 12, 14, 16, 18 mm, mit echt amerikanischen Dübelbohren, M. 7.50.  
**Stanley's Ziehflingenhobel** Nr. 80, M. 4, Stanley's verstellbarer Schiffs-hobel M. 9.50, Bohrwinden m. Centrif. j. f. M. 2.50, dito „Kranze M. 4.50, versendet gegen Nachnahme **Ernst Trimpop, Remscheid-Eienerhsh.**

**Verwaltungsstelle Görlitz.**

Sonnabend, den 1. März:

**\* Winter-Vergnügen \***

in beiden Sälen des Konzerthauses, bestehend in Konzert, Theater und Tanz. Programme à 25 M sind zu haben bei den Kollegen **Skade**, Landesstr. 35, pt. 1, und **Büchner**, Teichstr. 6, sowie bei den Zeitungsausbringern und an der Kasse. Die Kollegen der umliegenden Orte werden hierzu freundlichst eingeladen. **Die Ortsverwaltung.**

**Technikum Stadtsulza (Thür.)**  
Fachschule für Tischler.

Programm kostenfrei durch die **Direktion.**



**Tischler-Fachschule Detmold**  
Drei- u. sechsmonatl. Kursus. Eintritt am 1. jedes Monats. Bewährte Ausbildung.



**Klingenthal (Sa.) Nr. 103** versenden per Nachn. anerkannt solide Concert-Zug-Harmonikas, ca. 34 cm hoch, m. garantirt best. Stim., offen. Klaviatur, verbeß. Stahlfederung, 3teil. (11falt.) Doppelbalg m. best. Metallausgehenden, Doppelbälgen etc. 10 Kap., 2 Chor. 2 Reg., 30 Stim. M. 5.- Schule und 10 " " " " 70 " " 7.50 Kiste hierzu 10 " " " " 90 " " 9.50 umfönl. 10 " " " " 150 " " 15.- Porto extra. 21 " 108 Stim. M. 11.- 21 " 27.- 2c. Andere Harm. (105 versch. Nr.) pr. St. v. M. 8.50 bis 90.- Musikwerke, Drehorgeln, Akkordzithorn, Zithern, Viollan, Mundharm., Bandantons. Garantie: Zurücknahme und Geld retour. Wir bitten dringend, unsere Harm. nicht mit billiger offerirt zu verwechseln, ist der Preis niedriger, ist auch die Qualität geringer. Vor anderweitigem Einkauf verlange man unsern großen illustrierten Catalog umfönl. **Ueber 4000 Dankschreiben.**

**Die schönste Musik**, als Opere, Märsche Stunden auf m. **Konzert-Rundharmonika** mit Messingplatten, Dedon Gavrioli und aufgeschraubt, 2 Seiten zum Spielen, 80 Stimmen M. 2, mit 92 Stimmen à St. M. 2.30 franko. Nachnahme 20 M mehr. 8 Tage zur Probe, nicht gef. Geld retour.

**B. Fischer, Gera (N.), Friedrichstr. 6.**

**Paul Horn, Hamburg**

Pappel-Allee 26-36 Lübeck Pappel-Allee 26-36  
**Fabrik chemischer Produkte.**

- Paul Horn's** Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
- Paul Horn's** Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
- Paul Horn's** wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
- Paul Horn's** Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
- Paul Horn's** Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
- Paul Horn's** Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
- Paul Horn's Patent-Politur** zum Reinpollern erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verbindet unter Garantie d. Oelausschlagen Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
- Paul Horn's** Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
- Paul Horn's** diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.
- Paul Horn** liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
- Paul Horn** ist preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889
- Paul Horn** erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889
- Paul Horn** besitzt das Ehrendiplom der Drechlerei-Fachausstellung Leipzig 1890
- Paul Horn** sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus aller Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
- Paul Horn** versendet Preisbücher gratis und franko.

**1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.**

Verlag: A. Köstle, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co., Beide in Hamburg.

# Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.  
Abonnementspreis M 1 pro Quartal, ohne Bringsel.  
Post-Nr.: 3564.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;  
für die Expedition und den Anzeigentheil: F. Stubbe, Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Wismarstr. 10.

Inserate  
für die viergespaltene Zeile ober deren Raum 40 A,  
Vergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 A,  
Verkaufsanzeigen 10 A. Beilagen nach Uebereinkunft.

## Vorbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

### Erdmannsthal. (Telegr.) Wegen Maßregelung Zuzug fern halten.

Zuzug ist fern zu halten von:

- Tischlern nach Jena (Vornth & Naumann), Worms, Münster (Firma Wwe. Keller), Neubern (Firma Kromer & Co.), Stuttgart (Möbner & Co.), Lützenwalde (Wwe. Herms), Landsberg a. d. Warthe (C. Morig), Prien a. Chiemsee (Barthol. Stübner), Hagen i. W. (Turngeräthefabrik W. Meyer), München;
- Tischlern und Lackirern nach Neu-Sfenburg;
- Tischlern, Drechslern, Holzrern und Maschinenarbeitern nach Finkertwalde (Tischfabrik Curt Winkler);
- Modelltischlern und Drechslern nach Berlin (Union Elektr.-Gesellschaft und Firma Ludw. Löwe);
- Tischlern und Stellmachern nach Kattatt (Waggonfabrik);
- Tischlern, Maschinenarbeitern und Drechslern nach Saalfeld a. d. S. (Firma Adam Schmidt);
- Drechslern nach Zeitz (Worms);
- Vordrechslern nach Coblenz (Firma Densmer & Hartmann);
- Perlmutter-Knopfdrechslern nach Verga (Rob. Meier jr.);
- Umbaumachern nach Berlin (Firma Schopf & Niebe);
- Korbmachern nach Düben (Rinderwagenfabrik);
- Kammachern nach Lauterbach bei Schramberg (Firma Buchholz).

## Zur Arbeitslosenunterstützung.

Nachdem jetzt eine so große Zahl von Mitgliedern in dieser Debatte ihre Meinung ausgesprochen und dabei auch eine Reihe von Angriffen und Vorwürfen gegen den Vorstand abgefallen ist, dürfte es nunmehr angebracht und an der Zeit sein, daß auch wir noch einmal das Wort nehmen. Aber nicht auf alle gemachten Einwendungen und Ausstellungen können und wollen wir eingehen, sondern werden uns darauf beschränken, nur die wichtigsten Punkte noch zu behandeln.

Besonders machen sich einige Michtigstellungen notwendig. So hat der Kollege Lindner bezüglich der Arbeitslosenzählung die Behauptung aufgestellt: „Daß der Vorstand von vornherein garnicht die Absicht gehabt habe, in statistischem Sinne die Frage der Arbeitslosigkeit zu untersuchen, d. h. festzustellen, inwieweit unsere Organisation durch die Krisis in Mitleidenschaft gezogen, sondern daß die ganze Zählung keinen anderen Zweck gehabt, als der Mehrheit der Mitglieder gegen ihren Willen die Durchführbarkeit der Arbeitslosen-Unterstützung zu beweisen. Dies einseitige Vorgehen des Vorstandes sei geeignet, das Vertrauen der Mitglieder zu erschüttern.“

Wenn irgend Jemand dem Kollegen Lindner unterschreiben würde, er hätte mit seinen Veröffentlichungen nicht etwa die Absicht, gegen die Arbeitslosen-Unterstützung Stimmung zu machen, sondern irgend einen unlauteren Neben Zweck verfolgt, er würde ganz gewiß und mit Recht diese Unterstellung entkräftet zurückweisen. Nun hat aber auch der Vorstand über den wahren Zweck der Arbeitslosenzählung keinen Zweifel gelassen, wie aus den öffentlichen Bekanntmachungen in den Nummern 4, 5 und 6 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom vorigen Jahre hervorgeht. Woher nimmt demgegenüber der Kollege Lindner den Muth, dem Vorstande eine ganz andere Nebenabsicht zu unterschreiben?

Aber auch die thätigliche Bearbeitung des Zählungsergebnisses widerspricht durchaus dem Vorwurf Lindner's. Man möge die umfangreichen Veröffentlichungen über die Resultate der Statistik nur einmal wirklich lesen, und uns dann sagen, nach welcher Richtung dieselben noch weiter hätten statistisch ausgebeutet werden sollen. Leider müssen wir uns beklagen, daß unsere Mühe, die wir diesbezüglich an die gründliche Bearbeitung der Statistik verwen-

den den Mitgliedern fast garnicht gelohnt, daß die veröffentlichten Ergebnisse herzlich wenig beachtet wurden und nach wenigen Wochen schon ganz vergessen waren.

Daß daneben die Zählungsergebnisse auch verwerthet wurden, um über die eventuellen Kosten der Arbeitslosenunterstützung uns und sämtlichen Mitgliedern Klarheit zu verschaffen, war doch einfach eine selbstverständliche Pflicht des Vorstandes. Sollten wir den Mitgliedern vielleicht diese Lehren der Statistik verschweigen, um sie absichtlich in Unklarheit zu lassen? Trachtet nicht Jeder von uns auf allen Gebieten nach Klarheit und Ueberzeugung? Wie kann also Kollege Lindner der Mehrzahl der Verbandsmitglieder nachsagen, daß sie gegen ihren Willen von uns überzeugt werden mußten! Es sind ganz sicher nur einige Wenige der entragirten Gegner der Arbeitslosenunterstützung, welchen die Veröffentlichung dieser statistischen Erhebungen unangenehm gewesen sein mag. Alle übrigen Gegner und vor Allem die große Zahl der Befürworter der Arbeitslosenunterstützung werden dagegen dem Kollegen Schred beigeplücht haben, als derselbe, trotz seiner Gegnerschaft, in seinem Eingekandt die Statistik als einen dankenswerthen Beitrag zur Klärung bezeichnete.

Im Ferneren ist von mehreren Seiten auch die Michtigkeit des Zählungsergebnisses angezweifelt und dasselbe als „garnicht maßgebend“ bezeichnet worden, weil sich ein größerer Theil der Mitglieder nicht betheiligt hat. Kollege Lindner begründet damit auch seinen Zweifel an der Michtigkeit des statistischen Nachweises, daß die Mitglieder in den kleinen Städten ebenso sehr der Gefahr der Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind als die großstädtischen Kollegen. „Ja, wenn das nur wahr wäre“, ruft er aus und behauptet, das komme nur daher, weil gerade in den großen Zählstellen sich so viele und namentlich arbeitslose Mitglieder an der Zählung garnicht betheiligt hätten. Ja, auf dem Gantag in Görlich sprach er sogar offen den Verdacht aus, daß in den großen Städten bei der Zählung „gemogelt“ worden sein könnte.

Nun ist ja leider richtig, daß z. B. bei der zweiten Zählung am 16. August rund 22 000 Mitglieder keinen Zählchein abgegeben haben. Man hat eingewendet, daß diese „sicher nicht alle in Arbeit gewesen“ seien. Nein, aber damit ist selbstverständlich in der Statistik auch nicht gerechnet worden, wie aus den veröffentlichten Zahlen völlig klar hervorging. Der Prozentsatz der Arbeitslosen ist nur von der Zahl der betheiligten Mitglieder berechnet und ebenso hat allen anderen Berechnungen nur diese Zahl (48 685 Mitglieder) zu Grunde gelegen. Daher würde auch an dem erlangten Resultat garnichts geändert, wenn wir die nichtbetheiligten 22 000 Mitglieder ebenfalls noch mit 8 pzt. Arbeitslosen den betheiligten 48 685 Mitgliedern zurechnen. Zu den jetzt gezählten 3911 Arbeitslosen kämen alsdann noch 1760 hinzu, ihre Gesamtzahl würde also auf 5671 steigen. Dann wären aber auch die Kosten der Unterstützung nicht mehr bloß auf die betheiligten 48 685, sondern nunmehr auf die Gesamtzahl der Mitglieder zu vertheilen, und die Rechnung würde kein anderes Resultat ergeben, als das von uns veröffentlichte.

Sollten nun wirklich 1760 Arbeitslose sich von der Zählung ausgeschlossen haben? Bei welchen Mitgliedern war denn von vornherein das größere Interesse an der Zählung voranzusetzen, bei den in Arbeit stehenden oder bei den arbeitslosen? Wir glauben bei den arbeitslosen und hauptsächlich aus diesem Grunde setzten wir auf den Zählchein neben der Frage nach der Arbeitslosigkeit auch eine weitere, an die in Arbeit stehenden Mitglieder gerichtete Frage, um hierdurch auch deren Interesse an der Zählung zu erregen. Es darf daher mindestens angenommen werden, daß sich die arbeitslosen Mitglieder als die meistinteressirten in höherem Maße an der Zählung betheiligt haben als die beschäftigten und kann deshalb als ausgeschlossen gelten, daß unter den nichtbetheiligten Mitgliedern etwa gar noch ein

höherer Prozentsatz Arbeitsloser vorhanden war, als unter den betheiligten.

Wer diese Folgerung nicht anerkennen will, für den sei noch der folgende direkte Beweis geführt. Unter den größeren Zählstellen ist Nürnberg diejenige, deren Mitglieder am wenigsten, nämlich nur mit 44 pzt., sich an der Zählung betheiligten. Als arbeitslos am 16. August, resp. in den vorausgegangenen sechs Wochen, wurden 66 Mitglieder gezählt, gleich rund 6 pzt. der an der Zählung betheiligten 1115 Mitglieder. Angenommen nun, von den nichtbetheiligten 1250 Nürnberger Mitgliedern seien gleichfalls 6 pzt. arbeitslos gewesen, so kämen noch 75 Arbeitslose zu den durch die Zählung ermittelten hinzu und wir hätten zusammen 140 Arbeitslose. Nun werden bekanntlich für die arbeitslosen Wochen keine Verbandsbeiträge erhoben und in der jeweiligen Quartalsabrechnung steht bei den betreffenden Mitgliedern die Zahl dieser beitragsfreien Wochen vermerkt, es ist also aus der Abrechnung die Zahl der Mitglieder, welche im Laufe des Quartals arbeitslos waren, zu ersehen. Wären nun in jenen, für die Zählung in Frage kommenden sechs Wochen wirklich 140 Arbeitslose in Nürnberg gewesen, so müßten, ganz abgesehen von den übrigen sieben Wochen des Quartals, auch wenigstens annähernd so viel beitragsfreie Mitglieder in der Abrechnung stehen. Nach der Abrechnung aber sind in den ganzen 13 Wochen des Quartals nur 77 Mitglieder in Nürnberg arbeitslos gewesen — womit erntesen ist, daß an der Zählung am 16. August die Arbeitslosen wohl ausnahmslos theilgenommen haben und daß die nichtbetheiligten Mitglieder wohl ausnahmslos nicht arbeitslos waren.

Dasselbe läßt sich für Frankfurt a. M. feststellen, welches in Bezug auf die geringe Betheiligung der Mitglieder an der Zählung Nürnberg anschließt. In Frankfurt wurden bei der Zählung insgesammt 58 Arbeitslose festgestellt, während die Abrechnung für das ganze Quartal überhaupt nur 27 beitragsfreie Mitglieder aufführt, welche Differenz sich daraus erklärt, daß bei den Arbeitslosen auch die Zugereisten mitgezählt sind, sowie auch diejenigen, deren Arbeitslosigkeit nur einzelne Tage dauerte. Letzteres trifft natürlich auch bei Nürnberg zu, trotzdem aber dürften diese beiden Beispiele zur Genüge darthun, daß, wenn sich alle Mitglieder an der Arbeitslosenzählung betheiligt hätten, das Resultat in Bezug auf die Durchführbarkeit der Arbeitslosenunterstützung sich nicht ungünstiger, sondern höchstwahrscheinlich noch günstiger erwiesen haben würde.

So viel in Bezug auf die Angriffe gegen die Statistik. Ueber die Beitragsfrage können wir kürzer hinweggehen, nachdem Kollege Umbreit dieselbe in so erschöpfender Weise behandelt hat. Wir haben gegen seine Berechnungen nur den einen Einwand zu erheben, daß er unseres Erachtens bezüglich der Steigerung der Arbeitslosigkeit bis in das Jahr 1905 allzu schwarz sieht. Nach der Ueberlicht, die wir über die Lage des Arbeitsmarktes haben, können wir an diese Steigerung nicht glauben.

Trotzdem weisen die von uns nachgeprüften Berechnungen Umbreit's gleichfalls die Durchführbarkeit der Arbeitslosenunterstützung mit einem Zehn-Pfennig-Beitrag unzweifelhaft nach, und wenn von mehreren Seiten Anstoß daran genommen wurde, daß Umbreit, anstatt der Verbandskasse Mittel zuzuführen, ihr noch solche für Verwaltungskosten zu Gunsten der Arbeitslosenunterstützung entgegen will, so glauben wir darauf aufmerksam machen zu sollen, daß Umbreit die aus dem angelegten Unterstützungsfonds sich ergebenden Zinsenerträge völlig vergessen hat, welche die von ihm aufgestellte Einnahmehumme um so viel erhöhen werden, daß daraus, also ohne einen Zuschuß aus der Verbandskasse, die wirklichen Verwaltungskosten jedenfalls vollständig bestritten werden können.

Es dürfte nicht unangebracht sein, an dieser Stelle hervorzugehen, daß die Mitglieder des Verbandsvorstandes

einzig die sichere Ueberzeugung haben, daß mit einer Beitragserhöhung von 10 % pro Woche die in der bekannter Vorlage des Vorstandes vorgeschlagene Arbeitslosenunterstützung durchzuführen ist, ohne daß die sonstigen Aufgaben des Verbandes nur im geringsten dadurch benachteiligt würden, also auch ohne daß die Verbandskasse darunter zu leiden hätte.

Ferner ist zum Beweis für die Unzulänglichkeit eines Zehn-Pfennig-Beitrages auf die Bäcker und Handschuhmacher hingewiesen. Ganz mit Unrecht. Die Bäcker haben ihren Beitrag zum Zwecke der Einführung der Arbeitslosenunterstützung gleichfalls nur um 10 % wöchentlich erhöht und gewähren jetzt für 40 % Wochenbeitrag außerdem auch noch Krankenunterstützung. Und die Handschuhmacher haben keineswegs ihren regelmäßigen Beitrag von 45 % auf 60 % erhöht, sondern nur für den Zeitraum eines Vierteljahres einen Extrabeitrag von 15 % erhoben, welcher auch nicht eigentlich für die Arbeitslosenunterstützung, sondern vielmehr für die Abwehr angezogener Lohnabzüge erforderlich geworden war. Derartige Extrabeiträge haben bekanntlich auch wir seither schon, ohne Arbeitslosenunterstützung, erheben müssen.

Dagegen ist von anderer Seite mit Recht auf den Metallarbeiterverband verwiesen worden, welcher im ersten Jahr der Geltungsdauer seiner Arbeitslosenunterstützung nur 4 % pro Mitglied und Woche gebraucht hat. Und dieser Tage hat die Zahlstelle Berlin des Metallarbeiterverbandes ihre Abrechnung für das Jahr 1901 veröffentlicht, nach welcher in diesem gewiß äußerst ungünstigen Jahre die Arbeitslosenunterstützung in Berlin die Höhe von M. 91 869 erreichte, welche Summe bei einer Mitgliederzahl von 22 374 rund 8 % pro Woche ausmacht. Also darf die Arbeitslosigkeit selbst in Berlin sich noch erheblich steigern, ehe der Zehn-Pfennig-Beitrag und der in den günstigen Jahren aus demselben angesammelte Fonds für die Unterstützung völlig gebraucht werden.

Allen diesen Thatsachen gegenüber können nur Ignoranten immer wieder behaupten, daß der Vorstand die Sache zu optimistisch ansehe, daß der Zehn-Pfennig-Beitrag nicht ausreiche. Wem allerdings die vorgeschlagenen Unterstützungssätze bis zu 10 % pro Woche zu niedrig sind, der muß natürlich auch für einen höheren Beitrag stimmen, wozu die jetzige Urabstimmung jedem Mitglied Gelegenheit giebt.

Weiter hat die bisherige Debatte unabweislich ergeben, daß trotz aller Ablehnung auch die sogenannten prinzipiellen Gegner noch lange nicht ausgestorben sind. Diesen Kollegen möchten wir auch noch einige Worte widmen. Man fürchtet immer noch um den Kampfscharakter unseres Verbandes, bedenkt aber anscheinend nicht, daß es doch eigentlich kein beschämenderes Armutszeugnis für unsere Verbandsmitglieder geben kann, als wenn von ihnen behauptet wird, daß sie sich durch die Arbeitslosenunterstützung von ihrer gewerkschaftlichen Pflichterfüllung, von dem Streben nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen ablenken lassen würden! Wer glaubt denn eigentlich hieran? Jedenfalls haben unsere Mitglieder berechtigte Ursache, sich dagegen nachdrücklich zu verhalten.

Auf der einen Seite setzt man bei den Mitgliedern so viel Idealismus voraus, daß allein die Begeisterung, der Aufruf „Zum Kampf“ genüge, sie auch ohne Unterstützung zur Pflichterfüllung zu veranlassen, auf der anderen Seite aber bezweifelt man zugleich, daß die vorgeschlagene Unterstützung hoch genug sei, die Arbeitslosen vom Lohnraub abzuhalten. Welche Widersprüche!

Wir glauben, die Mitglieder besser zu kennen. Schon jetzt nehmen Viele aus allgemeinem Interesse lieber das Elend der Arbeitslosigkeit in Kauf, anstatt daß sie für niedrigeren Lohn arbeiten. Dieser Idealismus ist also bei einem sehr großen Theile der Mitglieder thatsächlich vorhanden. Oft aber erlahmt die Kraft des Widerstandes, ist der zwingende Druck des Hungers stärker als die ideale Kraft der Ueberzeugung. Und dann ist es ein Unrecht, wenn die Organisation das einzelne Mitglied in diesem harten inneren Kampfe völlig im Stich läßt, ist es vielmehr ebenso ihre moralische Pflicht als es auch in ihrem praktischen Interesse liegt, den Widerstand des Einzelmitgliedes zu unterstützen, um dadurch ein allgemeines Herabfallen des Lohnes, ein Verlorengehen der durch den Lohnkampf erzielten Erfolge der Organisation zu verhindern.

Am ausführlichsten hat Kollege Schred seinen prinzipiell ablehnenden Standpunkt dargelegt. In seinen Ausführungen findet man auch den folgenden Satz: „Statt die Arbeitslosen als die jurchzählbaren Ankläger des gegenwärtigen Systems aufzuwärmen zu lassen und dem Staate, diesem Hütel des Kapitalismus, trotz der Forderung entgegen zu schreien, für eine Unterstützung dieser Opfer zu sorgen.“

Ganz recht, aber was wäre damit erreicht? Würde dieser „Aufmarsch“ den Arbeitslosen Brot beschaffen und die in Arbeit Stehenden vor Lohnraub sichern? Und warum sollte ein solcher Aufmarsch nicht, vielleicht noch trögiger und noch ein druckvoller, auch erfolgen können nach Einführung der Arbeitslosenunterstützung?

In Bezug auf die Verpflichtung des Staates schreibt ferner Kollege Bruno Müller: „Es sei richtig, daß der Staat den Arbeitern keine Zugewandnisse auf dem Präsentirteller entgegenbringe, aber trotzdem müßten wir unsere Forde-

rungen stellen und dafür agitieren. Wir agitirten doch auch für einen gesetzlich geregelten Normalarbeitstag.“

Sehr richtig, Kollege Müller. Aber hat diese Agitation für den gesetzlich Normalarbeitstag die Arbeiter vielleicht seither abgehalten, in den Gewerkschaften daneben durch Selbsthilfe für die Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten? Haben nicht auch unsere Mitglieder die heftigsten Kämpfe gerade um die Arbeitszeitverkürzung gekämpft, haben wir nicht Hunderttausende für diese Streiks bewilligt und viele schöne Erfolge selbst errungen, anstatt geduldig auf die Hilfe des Staates zu warten?

So wäre es ein Leichtes, alle vorgebrachten Einwendungen der Reihe nach zu entkräften. Jedoch soll das nicht unsere Aufgabe sein. Sind doch auch genug Befürworter der Arbeitslosenunterstützung aus den Reihen der Mitglieder selbst zum Wort gekommen, deren Darlegungen ihren Eindruck bei den übrigen Kollegen nicht verfehlt haben werden.

Die große Mehrzahl der Mitglieder aber dürfte auf dem Standpunkte stehen, daß der Worte nun genug gewechselt sind; an ihnen liegt es, nunmehr bei der Urabstimmung die That folgen zu lassen. Möge jedes Mitglied sich der Wichtigkeit dieser Abstimmung voll bewusst sein! Möge vor allen Dingen kein Mitglied sich ausschließen und seine Stimmabgabe etwa versäumen. Denn dieses höchste Recht, die Urabstimmung, ist zugleich auch die höchste Pflicht jedes Verbandsmitgliedes. Darum:

Auf zur Urabstimmung!

Stuttgart, 20. Februar 1902.

Der Verbandsvorstand.

### Nutzen und Durchführbarkeit der Arbeitslosenunterstützung.

Die Anhänger der Arbeitslosenunterstützung haben in ihren bisherigen Einwendungen sowie in verschiedenen Referaten nicht den Nachweis erbracht, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Holzarbeiterverbande eine zwingende Nothwendigkeit ist. Die Meisten von ihnen weisen auf andere Gewerkschaften hin und sagen, weil diese die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, deshalb müssen wir das Gleiche thun. Die Mitglieder unserer Organisation sollen dadurch für die Arbeitslosenversicherung gewonnen werden, daß ihnen durch großartige Rechenexempel mit überwältigendem Zahlenmaterial die Durchführbarkeit derselben bei niedriger Beitragserhöhung nachgewiesen wird. Die Berechnungen sind aber nicht in allen Punkten zutreffend.

Auch der Hauptvorstand hat Berechnungen angestellt und ist zu dem Resultat gekommen, daß eine Beitragserhöhung von 10 % erforderlich ist. Der Hauptvorstand hat sich auf das Resultat der Arbeitslosenzählungen vom 15. Februar und 15. August 1901 gestützt. Diese Zählungen ergeben ein richtiges Bild von der wirklichen Arbeitslosigkeit in unserem Berufe. Es waren keine Zählungen der Arbeitslosen, sondern der in Arbeit stehenden Kollegen. Den Letzteren standen keine Hindernisse im Wege, an der Zählung theilzunehmen. Nicht so die arbeitslosen Kollegen. In den kleinen Zahlstellen sind die ledigen Kollegen gezwungen, abzureisen. Bei schlechter Geschäftskonjunktur laufen die Reisenden bekanntlich nicht gerade Wege von einer Stadt zur anderen, sondern sie machen recht große Umwege durch möglichst abgelegene Orte, weil es sich so besser „reißt“ und mehr Aussicht vorhanden ist, Arbeit zu bekommen. Solche Kollegen konnten sich nicht an der Zählung betheiligen. Soll das Resultat der Arbeitslosenzählung eine Grundlage zur Berechnung der Arbeitslosenunterstützung sein, dann kommen diese Kollegen sehr wohl mit in Betracht, weil ein Theil von ihnen am Ort bleiben und die Unterstützung beziehen würde. Dasselbe gilt von den Mitgliedern, die sich während der Arbeitslosigkeit auf dem Lande bei Verwandten aufhalten.

In größeren Zahlstellen, z. B. in Berlin, sind in allen Betrieben Werkstattvertrauensmänner vorhanden, welche jede Woche die Beitragzahlung besorgen. Diese holen die Zählweise von der Ausgabestelle für alle in ihrer Werkstatt beschäftigten Mitglieder und liefern sie wieder pünktlich ab. Dadurch betheiligen sich die meisten Kollegen an den Zählungen. Mühte sich aber Jeder seinen Schein selbst von der Ausgabestelle holen und wieder abliefern, dann hätten sich die in Arbeit stehenden Kollegen in geringerer Zahl an der Zählung betheiligt. Sobald die Kollegen beschäftigungslos sind, giebt ihnen kein Vertrauensmann den Schein in die Hand. Sie betheiligen sich dann nicht, theils aus Interesselosigkeit, oder weil sie abgelegen wohnen und weite Wege zurücklegen müssen, um den Zählschein zu bekommen.

Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, wenn in Berlin im Februar von 8079 Betheiligten 435 Arbeitslose und im August von 7238 Betheiligten 328 Arbeitslose gezählt wurden. Daß der Prozentsatz der Arbeitslosen ein viel größerer war, erhellt man, wenn man mit diesem Resultat andere Angaben vergleicht.

Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Berlin schätzte die Zahl der beschäftigungslosen Verbandsmitglieder im Januar 1902 auf 1500 bis 1800.

Die Fachzeitung der Berliner Tischlermeister schrieb im Dezember 1901, daß in Berlin über 5000 Holzarbeiter arbeitslos sind. Die Berliner Gewerkschaftskommission berechnete im November 1901 die arbeitslosen Tischler, Zimmerer, Bildhauer, Drechsler und verwandten Berufe auf 18 763.

Die Kontrollkommission der einzelnen Bezirke in Berlin haben durch Berichte der Vertrauensleute und gelegentliche Feststellungen in den Werkstattzählungen beobachtet, daß in den Berliner Tischlereien im Jahre 1899 und 1900 durchschnittlich 90 % der Bänke, im Jahre 1901 nur noch 60 % besetzt sind. Demnach werden jetzt ein Drittel Gesellen weniger beschäftigt.

Auch in München sind nach einem Bericht in der „Holzarbeiter-Zeitung“ im Jahre 1901 30 % Tischler weniger beschäftigt als im Vorjahre. Wo bleiben aber diese? Sind sie in andere Berufe übergetreten? Wahrscheinlich sind sie arbeitslos. Sie haben aber an der Arbeitslosenzählung nicht theilgenommen. Infolgedessen hierzu unsere Arbeitslosen-

zählungen keine Grundlage zu Berechnungen über die geplante Arbeitslosenversicherung.

Nun hat aber der Hauptvorstand und auch der Rechnungsführer Umbreit nach dem Resultat der Zählungen ausgerechnet, daß eine Beitragserhöhung von 10 % erforderlich ist, wenn das Arbeitslosenversicherungsprojekt zur Durchführung käme. Ergiebt die Berechnung nach dem durchaus unzutreffenden Resultat einen Beitrag von 10 %, so ist sicher anzunehmen, daß der wöchentliche Beitrag mindestens um das Doppelte, also um 20 %, erhöht werden müßte, wenn die wirkliche Arbeitslosigkeit in Betracht gezogen wäre.

Auf dem vorigen Verbandstage wurde auch ausgerechnet, wenn der Beitrag von 20 % auf 30 % erhöht wird, kann die Arbeitslosenunterstützung bezahlt werden, ja es bleibt sogar noch ein Ueberfluß. Jedoch nach der Abstimmung sagten alle Redner über die ungünstigen Kassenverhältnisse. Mit dem 20 Pfennig-Beitrag ist absolut nicht mehr auszukommen. Der Verbandstag beschloß dann, den Beitrag zu erhöhen.

Trotzdem der Beitrag von 20 % auf 25 % gestiegen, waren die Einnahmen des Verbandes zu gering. Viele Streiks mußte der Hauptvorstand ablehnen aus Rücksicht auf die ungünstigen Kassenverhältnisse.

Wie kann man nun aber behaupten, eine Beitragserhöhung von 10 % genüge, um die Arbeitslosenunterstützung zahlen zu können. Ohne die Einführung derselben wird schon eine Beitragserhöhung nothwendig sein, wenn wir die nötigen Mittel für Lohnkämpfe zur Verfügung haben wollen.

Die Befürworter der Arbeitslosenunterstützung behaupten alle, „die Fluktuation wird durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beseitigt“. Bei ihren Berechnungen haben sie dieses Argument ganz außer Acht gelassen. Kollege Umbreit rechnet uns vor, wir kommen mit 10 % Beitragserhöhung gut aus, weil doch nur der dritte Theil der beschäftigungslosen Mitglieder die Unterstützung erhält. Beseitigt die Arbeitslosenunterstützung den Wechsel der Mitglieder, dann sind nicht nur der dritte Theil sondern 88 % der Mitglieder vollberechtigt und der Beitrag müßte demnach bedeutend mehr erhöht werden. Die Befürworter mögen wohl selbst nicht recht an die Gründe glauben, die sie anführen, sonst müßten sie die Fluktuation bei ihren Berechnungen in Betracht gezogen haben.

Zum Beweise der Durchführbarkeit der Arbeitslosenunterstützung wird auf andere Gewerkschaften hingewiesen. Der Metallarbeiterverband wird in erster Linie angeführt. Jedoch theilt man uns einige günstige Zahlen und ein fertiges Urtheil mit. Es ist uns aber nicht Gelegenheit gegeben, selbst nachzurechnen, weil man das dazu nötige Material garnicht oder nur sehr schwer erhalten kann. Die Vergleiche mit anderen Gewerkschaften beweisen garnichts. Sind denn die einschlägigen Verhältnisse überall die gleichen? Im Metallarbeiterverband sind wenig oder gar keine Saisonarbeiter vorhanden, während in unserem Verbands ein großer Theil als solche zu verzeichnen sind. Infolgedessen wechseln die Metallarbeiter ihre Arbeitsplätze viel seltener. Auf dem Arbeitsnachweis des Metallarbeiterverbandes in Berlin meldeten sich im Jahre 1901 von 22 374 Mitgliedern 6593 arbeitslos, während im selben Jahre von 12 000 Holzarbeitern 9243 Arbeitslose eingeschrieben wurden. Die Metallarbeiter vermittelten 1112 Stellen, die Holzarbeiter 2121. Dabei muß man in Betracht ziehen, daß die Metallarbeiter schon wegen Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung und auch wegen der Kontrolle ihren Nachweis benutzen und sich sofort melden müssen.

Die Berliner Filiale des Metallarbeiterverbandes zählte im Jahre 1901 M. 91 870 für Arbeitslosenunterstützung aus. Die Gesamteinnahme durch Beiträge betrug zur gleichen Zeit M. 250 501,40. Es wurden also vom Wochenbeitrag eines Mitgliedes 11 % für Arbeitslosenunterstützung gebraucht. Dieses immerhin noch günstige Resultat konnte nur deshalb erzielt werden, weil die Fluktuation eine außerordentlich große ist, trotz der Arbeitslosenunterstützung.

Bei einer Mitgliederzahl von 22 374 traten 11 000 Personen ein und ebenso viel wieder aus. In der Berliner Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes betrug die Zahl der ein- und ausgetretenen Kollegen 4775. Die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes in Berlin bezahlten durchschnittlich neun Beiträge im Vierteljahr, während auf ein Mitglied in unserem Verbands zehn Beiträge kommen.

Der Verband der Metallarbeiter konnte im Geschäftsjahre vom 1. Juli 1900 bis 1. Juli 1901 die geringe Summe für Arbeitslosenunterstützung zahlen, weil die Fluktuation sehr groß, viel größer als in anderen Organisationen ist.

Im Jahre 1900 traten 69 505 Metallarbeiter ein und 53 256 aus. Von 1901 liegt kein Bericht vor. Andere Gewerkschaften mußten proportional höhere Summen auszahlen. Die Handschuhmacher erhöhten den Beitrag wegen der großen Arbeitslosigkeit von 45 % auf 60 %. Den Formerverband hat die Arbeitslosenunterstützung zu Grunde gerichtet.

Der Bildhauerverband berechnet jetzt seine Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung auf M. 35 000 im Vierteljahr. Demnach kommen auf die 4100 Mitglieder pro Kopf 70 % wöchentlich, die allein für Arbeitslosenunterstützung aufgebracht werden müssen.

Kollege Gerlitke behauptet nun, die Bildhauer sind nicht maßgebend, weil der moderne Stil wenig Bildhauerarbeit aufweist und die Bildhauer deshalb in größerer Zahl arbeitslos sind als die Mitglieder unseres Verbandes. Dieser Einwand trifft nicht zu. Der moderne Stil, in welchem die meisten Tischlerarbeiten ausgeführt werden, verdrängt nicht die Bildhauerarbeit, sondern fast ganz die Drechslerarbeiten. Nicht die Bildhauer, sondern die Drechsler haben deshalb mehr Arbeitslose als die Tischler aufzuweisen.

Wie wenig die Arbeitslosenunterstützung geeignet ist, die Fluktuation zu vermindern, beweisen die Verhältnisse im Metallarbeiterverbande.

Die Zahl der ein- und ausgetretenen Metallarbeiter ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Trotzdem sie im Jahre 1899 die Arbeitslosenunterstützung einführen, hielt die Steigerung noch an. Es traten dann im Jahre 1899 62 564 Metallarbeiter ein und 52 982 aus, im Jahre 1900 69 205 ein und 53 256 schieden aus.

Nach dem Bericht der Berliner Zahlstelle ist der Mitgliederwechsel auch im Jahre 1901 ebenso groß. Im Maurerverband, der keine Arbeitslosenunterstützung hat, ist der Mitgliederwechsel nur halb so groß als im Metallarbeiterverbande. Die Maurer hatten im Jahre 1900 32 834 Aufnahmen und 23 904 traten aus. Die Maurer haben 82 964 Mitglieder, die Metallarbeiter 101 000.

Vom Metallarbeiterverband wurde kürzlich behauptet, die Mitgliederzahl sei nur durch die Arbeitslosenunterstützung gestiegen. Der Kollege Umbreit vergaß aber dabei, daß in dieser Zeit der Formerverband mit 6000 Mitgliedern übergetreten ist.

Nun glaubt man, die Arbeitslosenunterstützung könne das Zurückgehen unserer Mitgliederzahl verhindern. Hierzu einige Beispiele von Gewerkschaften, die Arbeitslosenunterstützung bezahlen.

Bei circa 7000 Mitgliedern nahmen die Porzellanarbeiter im Jahre 1900 700 (das sind 10 pSt.) ab.

Die Mitgliederzahl im Formerverband sank in ihrem letzten Geschäftsjahr von 7987 auf 5378.

Die Zahlstelle Berlin der Handels- und Verkehrsarbeiter ging im Jahre 1901 trotz Arbeitslosen- und Krankenunterstützung von 8610 auf 6001 Mitglieder zurück.

Die Mitgliederzahl im Verein der englischen Maschinenarbeiter verminderte sich im Jahre 1898 von 91444 auf 83564, also um 7880 Mitglieder.

Im Gewerbeverein der Eisenbahner in England verringerte sich die Zahl der Mitglieder im Jahre 1898 von 85928 auf 54426. Der Mitgliederverlust betrug in einem Jahre 31502, mithin ungefähr 37 pSt.

Die Anhänger der Arbeitslosenunterstützung glauben, den Arbeitsnachweis in die Hände zu bekommen. Ein Beschluß, nach welchem die Mitglieder verpflichtet sind, nur den Nachweis des Verbandes zu benutzen, oder die Arbeitslosenunterstützung wird ihnen entzogen, kann nur zur Folge haben, daß die Nichtmitglieder alle Plätze besetzen und die Verbandskollegen in der Regel dauernd arbeitslos bleiben. Im Gegentheil sind die Unterstützung zahlenden Verbände gezwungen, aus Rücksicht auf ihre Klasse von solchen Beschlüssen abzusehen.

Ebenso hinfällig ist die Behauptung, die Arbeitslosenunterstützung verhindere das Sinken der Löhne. In Berlin sind in allen Großbetrieben der Metallindustrie bedeutende Lohnreduktionen vorgenommen worden und nur in Ausnahmefällen haben sich die Arbeiter gewehrt. Ohne Widerspruch wurden die meisten Abzüge hingenommen. Ähnlich verhält es sich in anderen Orten.

Wir sehen also, die Argumente, mit denen die Arbeitslosenunterstützung den Mitgliedern mundgerecht gemacht wird, sind nicht stichhaltig, sie liefern keinen Beweis, daß der Verband irgend welchen Vortheil davon hat.

H. Leopold.

Es gewinnt fast den Anschein, als ob die Anhänger der Arbeitslosenunterstützung die Mitglieder glauben machen wollen, die Existenzfähigkeit unseres Verbandes hänge von der Einführung dieses Unterstützungszweiges ab. Es wird versucht, den Mitgliedern die Ansicht beizubringen, als ob es nur durch die Verufung auf diese Unterstützung möglichst sein wird, dem Verbands größere Massen von Mitgliedern zu gewinnen und zu erhalten. Auch wird das Mitgefühl als Bundesgenosse herangezogen, indem man uns die Pflicht, für unsere Arbeitsbrüder in der Zeit der Arbeitslosigkeit zu sorgen, in den rührendsten Worten an's Herz legt. In der jetzigen Zeit der Krise ist leider zu befürchten, daß so manches Mitglied, welches sonst nicht für die Arbeitslosenunterstützung zu haben wäre, sich aus Mitleid bewegen läßt, bei der Abstimmung für Einführung derselben zu stimmen, nachdem in den verschiedenen Variationen von unserer Verpflichtung hierzu geschrieben und gesprochen worden ist. Gewiß ist es traurig und wird Leben von uns mit tiefem Weh erfüllen, wenn wir sehen müssen, wie unsere Arbeitsbrüder mit ihren Angehörigen die bitterste Noth leiden, weil ihnen während einer durch verkehrte Wirtschaft- und Produktionsverhältnisse eingetretenen Krise die Möglichkeit genommen ist, ihre Arbeitskraft zu verwerten. Können wir aber dieses Elend durch die Unterstützung aus der Welt schaffen? Ja, sage nein und tausend Mal nein. Von all den Ausführungen, welche bisher zu Gunsten der Arbeitslosenunterstützung gemacht wurden, hat keine mich in der Ueberzeugung zu erschüttern vermocht, daß dieselbe nur ein Hinderniß in der Ausbreitung unseres Verbandes, vorzüglich aber in der Ausbildung der Mitglieder zu ziel- und klassenbewußten Kämpfern für Abkämpfung der Ursachen der Arbeitslosigkeit und damit zusammenhängende Unzuträglichkeiten sein wird. Ohne Weiteres muß angenommen werden, daß die Anhänger überzeugt sind, dem Verbands mit Erweiterung des Unterstützungswesens nach dieser Richtung zu nützen. Verwunderlich bleibt es nur, wie Kollegen, von welchen man gewohnt ist, daß sie doch sonst die einschlägigen Verhältnisse mit offenen Augen beobachten und sehr richtig zu beurtheilen verstehen, sich darauf festsetzen konnten, daß Alles, was sie mit dieser Unterstützung zu erreichen hoffen, bei einer Beitragserhöhung um wöchentlich 10 S möglich sein soll.

Ich unterschätze durchaus nicht den Werth der Statistik und Arbeitslosenzählungen. Jedoch halte ich es für gefährlich, auf berattiges Material hin mit allzu großer Sicherheit Beitrags- und Unterstützungsberechnungen aufzubauen, welche, in die Praxis überleitet, sich allzuleicht als falsch erweisen und dadurch große Verwirrung hervorrufen, ja sogar das Vertrauen in die Organisation erschüttern können. Daß bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung das Gesamtbild in unserem Verbands ein bedeutend anderes würde, wie es uns die Arbeitslosenzählungen zeigen, unterliegt für mich keinem Zweifel. Zunächst hat leider ein großer Theil der Mitglieder sich an den Zählungen überhaupt nicht betheiligt, alsdann wird, anderwärts jedenfalls auch so wie hier, an der Genauigkeit der Zählweiseinanspruchnahme so Manches zu wünschen übrig bleiben. Wie sich nachträglich herausgestellt hat, ist die Frage nach verkürzter Arbeitszeit hier nämlich von einer ganzen Anzahl Kollegen, welche erheblich verkürzte Arbeitszeit hatten, nicht beantwortet worden, trotzdem in den Versammlungen und der Zeitung auf die Wichtigkeit der genauen Ausfüllung genügend hingewiesen wurde. Weiter kommt in Betracht, daß gerade unter Denjenigen, welche man durch das Zugmittel „Arbeitslosenunterstützung“ zu gewinnen hofft, ein bedeutend größerer Prozentsatz Arbeitslosers sich befinden werden, als unter den bisherigen Mitgliedern. War wird doch von Leuten, welche nur durch Erregung ihres Egoismus gewonnen werden sollen, nichts Anderes erwartet können, als daß sie jede Gelegenheit wahrnehmen, um ihre gezahlten Beiträge mit Zins und Zinsezinsen wieder herauszuschlagen. Die Kosten für die Verwaltung resp. Durchfüh-

rung der Arbeitslosenunterstützung sind bei den Berechnungen auch viel zu niedrig veranschlagt worden.

Schwingen sich die Anhänger nicht noch rechtzeitig zu der Erkenntniß auf, daß sie sich in ihrer Berechnung geirrt haben, so daß sie bei ihrer mit Hochdruck betriebenen Agitation den Mitgliedern wenigstens sagen, daß ein bedeutend höherer Beitrag, jedenfalls pro Woche 50 S, festgesetzt werden muß, um Alles zu erreichen, was sie anstreben, so bringen sie sich und den Verband in die Gefahr, nicht halten zu können, was versprochen wurde. Gerade Diejenigen aber, welche man durch diese Unterstützung gewinnen resp. halten will, würden darüber den größten Lärm schlagen und würden die Ersten sein, welche in einem solchen Falle dem Verbands wieder den Rücken kehren würden.

Was soll denn nun eigentlich durch diese Unterstützung erreicht werden?

1. Ein Steigen der Mitgliederzahl. Angenommen in den großen Städten und denjenigen Orten, wo noch halbwegs annehmbare Durchschnittslöhne vorhanden sind, ist es möglich, mehr Mitglieder unter der Devise „Arbeitslosenunterstützung“ zu gewinnen, trotzdem der Beitrag auf 50 S pro Woche gestellt würde. In den kleinen Orten und schlecht bezahlten Gegenden würde nicht nur die Gewinnung neuer Mitglieder äußerst schwierig sein, es würden auch von den jetzigen Mitgliedern mehr und mehr wegen Beitragsresten gestrichen werden müssen, weil sie einfach bei einem Verdienst von 10 bis 12 pro Woche (mitunter sogar noch weniger) nicht im Stande sind, pro Woche 50 S Verbandsbeitrag zu zahlen. Diejenigen aber, welche es noch durchziehen könnten, den Beitrag aufzubringen, würden dazu die Beträge mit verwenden müssen, welche sie jetzt in den Mitgliederversammlungen verzerren. Es würde daher der Versammlungsbesuch, welcher bisher schon viel zu wünschen übrig läßt, fast ganz aufhören. Wo sollen aber die Mitglieder aufgestellt und zu zielbewußten Klassenkämpfern herangebildet werden, wenn nicht in den Versammlungen? Wenn aber die Anregung in den Versammlungen aufhört, werden nach und nach auch Diejenigen dem Verbands verloren gehen, welche noch so viel verdienen, um höhere Beiträge zahlen zu können. Es werden zuletzt nur noch Die übrig bleiben, welche der Versicherung wegen bei dem Verbands sind, so wie sie etwa gegen Krankheit oder Feuer versichert sind. Das Ähnliche, wie vorstehend, nicht eintreten wird, werden nur Diejenigen bestreiten, welche keine Ahnung haben, wie schwer die Agitation in Gegenden mit 10 und 12 Wochenverdienst jetzt schon ist. Wenn nun aber wirklich das gewollte Ziel erreicht werden sollte, daß infolge der Arbeitslosenunterstützung in den großen Städten mehr Mitglieder gewonnen werden als in den kleineren Orten verloren gehen, so daß thatsächlich die Mitgliederziffer des Verbandes etwas steigen würde, wäre dann auch erreicht, was die Anhänger nach meinem Dafürhalten doch wünschen müssen, nämlich eine Organisation, welche die Unternehmer unbedingt respektieren müssen? Das wird wohl Niemand glauben. Die Kollegen in den großen Städten haben doch wahrlich schon genug erfahren, wie gut es das Unternehmertum versteht, ihre unorganisirten Kollegen in den kleinen Orten gegen sie auszunutzen.

2. Man glaubt, durch die Arbeitslosenunterstützung den davon betroffenen Kollegen über die Noth der Arbeitslosigkeit hinwegzuhelfen. Dieselben sollen dadurch veranlaßt werden, dem Verbands eher treu zu bleiben, auch hofft man, sie durch eine Unterstützung von 6 bis 10 pro Woche für sechs Wochen davon abzuhalten, ihre Arbeitskraft zu niedrig zu verkaufen.

Wohl soll nicht bestritten werden, daß es für den Arbeitslosen besser ist, pro Woche 6 zu erhalten als garnichts. Wir wissen aber auch, und das wird doch auch in sämtlichen Berechnungen der Anhänger zugegeben, daß die Zeit sehr bald kommt, wo das Mitglied ausgesteuert ist. Glaubt man die Verhältnisse so regeln zu können, daß nach sechs Wochen ein Anderer dem Arbeitslosen im Arbeitsverhältniß Platz machen und nun an dessen Stelle als Arbeitsloser treten wird? Oder meint man, daß die Noth in den ersten sechs Wochen der Arbeitslosigkeit am größten ist und der Arbeitslose dann, wenn er vielleicht noch ein halbes Jahr gehungert und gedarrt hat, dem Verbands nur deswegen treu bleibt und nach Aufnahme neuer Beschäftigung weiter zahlt, weil man ihm das Hungern in den ersten sechs Wochen etwas erleichtert hatte, nicht aber, weil auch ein ganz klein wenig Idealismus, nämlich der Wunsch, die an ihm sich in so schredlicher Weise offenbarten Mißstände der heutigen Produktionsweise durch die Organisation bekämpfen zu wollen, ihn dazu treibt? Ist wirklich im Ernst Jemand so naiv, zu glauben, daß ein Kollege für 6 pro Woche die Uebernahme einer Arbeit für 15 oder 20 ablehnen wird, weil er weiß, daß es bei guter Geschäftslage 18 oder 24 dafür giebt? Also die Noth aus der Welt schaffen können wir durch Unterstützung nicht, dazu würden Summen gehören, welche wir nicht aufbringen können. Wenn Jemand dem Verbands untreu wird, weil wir keine Arbeitslosenunterstützung zahlen, der wird uns auch dann verloren gehen, wenn er nach sechs Wochen ausgesteuert ist, wenn ihn nicht die Erkenntniß zur Organisation treibt, daß nur durch diese der Arbeitslosigkeit Einhalt gethan werden kann. Ebenso kann durch eine Unterstützung, wie wir sie im günstigsten Falle geben könnten, nicht auf die Lohnhöhe eingewirkt werden. Daß die Fluktuation geringer werden würde durch die Arbeitslosenunterstützung, glaube ich nicht, höchstens könnte es sich in der Weise etwas ändern, daß es uns in den kleinen Orten nicht mehr möglich ist, so viel Kollegen der Organisation zuzuführen, welche des Oefteren wieder verloren gehen, wenn sie an einem Orte arbeiten, wo sie keine Verbindung mit der Organisation haben, und die dann wieder eintreten, sobald sie wieder an einen Ort mit Organisation kommen. Dieser Wechsel in den Mitgliederzahlen wird aber durch die Arbeitslosenunterstützung nicht berührt werden, denn das sind Kollegen, welche sonst schon wegen der Arbeitslosenunterstützung Mitglied bleiben würden, wenn es ihnen nur auf die Unterstützung anläme. Diese Kollegen sind gerade das Material, welches wir zu zielbewußten Kämpfern ausbilden müssen, und welche sich bei richtiger Behandlung auch leicht ausbilden lassen; und diese sind es auch, welche uns mitthelfen, den Organisationsgedanken in die kleinsten Orte zu tragen. Es fragt sich aber, ob wir nicht auch hier durch eine Belastung der Beiträge wegen der Arbeitslosenunterstützung uns die Agitation und Aufklärung zu unserem Nachtheil erschweren.

3. Will man durch die Arbeitslosenunterstützung mehr Geld in die Verbandskasse bringen. Wie man sich das denkt, wenn nur 10 S hierfür mehr erhoben werden sollten, versteht sich nicht. Bei der Erhöhung der Beiträge auf dem letzten Verbandstage wurde von mehreren Mitgliedern darauf hingewiesen, daß sie dieser Erhöhung mit dem Buntze zustimmten, daß dieselbe zur Ansammlung eines Fonds dienen sollte. Würde es nun so leicht sein, bei einer Organisation, welche auf dem Boden des Klassenkampfes steht, Fonds anzusammeln, so müßte doch ein Fonds zu Stande gekommen sein, gleich der Hälfte desjenigen, welchen man erwartet aus einer Erhöhung um 10 S. Es kam aber anders. Die Lohnbewegungen allerorts, vorzüglich aber Berlin und München, stellten so große Ansprüche an die Verbandskasse, daß nicht nur der erhöhte Beitrag aufgebraucht wurde, es mußten sogar noch Hilfstruppen (Lokalassen) herangezogen werden.

Will man denn nun jetzt den Beitrag um 10 S erhöhen und die dadurch eingehenden Beträge bei Seite legen? Wenn nun bei eintretender besserer Geschäftslage die Kollegen sich, wie zu erwarten steht, bemühen werden, die ihnen in der Zeit der Krise aufgezogenen Verschlechterungen abzuschütteln, oder weitere Verbesserungen herbeizuführen? Wird man ihnen dann sagen, die durch den erhöhten Beitrag erzielten Bestände sind dafür nicht zu haben, diese bleiben für die Arbeitslosen? Wenn ja, wie anders will man das nennen, als Aufgeben des Kampfescharakters zu Gunsten des Unterstützungsprinzips?

Werden aber sämtliche verfügbaren Gelder zu dem Zweck gegeben, wofür sie nach meiner Ansicht einzig und allein vorhanden sein sollten, zur Erringung besserer Arbeitsbedingungen und zu möglichst ausgedehnter Agitation, was wird dann den Arbeitslosen gesagt, wenn die Zeit der Unterstützung kommt? Werden Diejenigen, welche nur wegen dieser Versicherung beigetreten sind, aufrieben sein, wenn man ihnen sagt: das Geld ist für die Lohnbewegungen verausgabt? Will man dann schnell Extrabeiträge ausschreiben? Ja, wird man sagen, wir müssen die Lohnkämpfe doch auch führen, wenn der Beitrag nicht erhöht wird, da ist doch kein Unrecht dabei, wenn der erhöhte Beitrag den Lohnkämpfen entzogen und dafür reservirt wird, wofür er eigentlich bestimmt ist. Sehr wohl! Nur, fürchte ich, hat die Geschichte einen Haken, nämlich den, daß gewöhnlich mehr Geld gebraucht wird, als vorhanden ist. Es ist bei solchen Fällen dann zu Sammlungen gegriffen oder Extrabeiträge eingezogen worden. Nachdem aber der Beitrag wieder erhöht sein würde, dürfte für Weibes nicht allzuviel Gegenliebe vorhanden sein. Wenn nun in dem ganz selbstverständlichen Streben der Kollegen, bei geeigneter Zeit sich Verbesserungen zu erringen, die Kosten für einen Kampf höher werden als man erwartet hatte, dann muß eben auf irgend eine Weise ausgeholfen werden.

Nach den bisherigen Erfahrungen ist sehr oft in der Weise ausgeholfen worden, daß man den kleineren Orten, welche vielleicht nur einige Hundert Mark nötig gehabt hätten, wegen der großen Hunderttausende brauchten, einfach abwinken mußte. Es hat das vielleicht dem Vorstand oft selbst leid gethan, aber ein „Eselein streck' Dich“ ist eben leider im Verbandsbureau nicht vorhanden.

Wenn uns andere Organisationen als Beispiel vorgeführt werden, so ist dem zu entgegnen, daß die meisten ihre Arbeitslosenunterstützung zu Zeiten eingeführt haben, wo die Arbeitsverhältnisse noch lange nicht so zugespitzt waren, als gegenwärtig. Außerdem haben die meisten, man kann fast sagen alle, nicht derartige Verschwiegenheiten in der Arbeitszeit, Arbeitslosigkeit und Lohnhöhe, wie gerade unser Verband. Auch bei den Metallarbeitern liegen die Verhältnisse in dieser Beziehung nicht so ungünstig, als bei uns. Der Lobgefang über die guten Resultate bei letzterer Organisation dürfte sich wohl bei längerem Bestehen etwas abschwächen. Was würden aber bei uns für Schwierigkeiten bei der Durchführung entstehen. Kein Beruf mit Arbeitslosenunterstützung hat seine ihm angehörenden Berufskollegen in so vielen kleinen Arbeitsstellen verstreut, bei keinem von ihnen gestatten die Verhältnisse so leicht eine Beschäftigung in der eigenen Behausung, wie gerade bei uns. Es würde daher eine sehr scharfe Kontrolle der Arbeitslosen nötig sein, um uns vor Ueberborteilungen zu schützen. Wenn man weiß, in welcher Weise die Krankenfassen von untreuen Elementen hintergangen werden, trotzdem denselben Ausgehzeit vorgeschrieben wird, sie auch den Klassenbezirk nicht verlassen dürfen, auch der Arzt durch öftere Untersuchung, sowie der Krankenbesucher durch seine Beobachtung der Simulation entgegen wirken können, dann kann man sich ungefähr denken, wie beschwerlich eine Kontrolle sein würde, um zu verhindern, daß nicht Leute die Unterstützung in Anspruch nehmen und trotzdem irgend wo durch Arbeit sich Verdienst verschaffen. Die etwaige Abhaltung von Versammlungen, ähnlich wie bei Streiks, würde in dieser Beziehung wenig nützen. Es würde in Zahlstellen, welche die Zahl von 200 Mitgliedern haben, sich schon ein angestellter Beamter nötig machen, um alle Arbeiten, welche durch diese Unterstützung entstehen, gewissenhaft und pünktlich zu erledigen. Aber auch in kleineren Zahlstellen würden sich die Arbeiten so häufen, daß ganz bedeutende Entschädigungen nötig würden. Anderenfalls würde bald kein Mitglied mehr einen Posten übernehmen. Eine zu große Zahl von besoldeten Beamten aber birgt die Gefahr eines Strebertums in sich, was dem Verbands nicht zum Vortheil gereichen würde, und wodurch sehr bald Denjenigen, welche bisher aus Ueberzeugung die Lasten und Beschwerden auf sich genommen haben, die Freude an ihrer Thätigkeit berehrt werden würde. Hat man doch schon jetzt mitunter Gelegenheit gehabt, zu beobachten, daß sich Leute in die Verwaltung zu drängen suchten, weil sie glaubten, für sich etwas dabei herauszuschlagen zu können. Kollegen, belasten wir uns daher nicht mit diesem Ballast. Sorgen wir dafür, daß die Verwaltung eine möglichst einfache und leichte bleibt. Sorgen wir in allererster Reihe dafür, daß uns in den schlecht gelohnten Gegenden die Agitation nicht durch immerwährende Erhöhung des Beitrages fast unmöglich gemacht wird. Es muß doch damit gerechnet werden, daß es uns, die wir an solchen Orten die Verwaltung und Agitation zu betreiben haben, nur dann möglich ist, unsere Aufgabe zu erfüllen, wenn wir eine genügende Anzahl guter, überzeugter, organisirter Kollegen um uns haben, welche hinter uns stehen, wenn das Unternehmertum uns vernichten will. Würde aber durch einen bedeutend höheren Beitrag die Zahl unserer Kollegen

geringer, dann würde es auch leichter werden, durch Aus-  
 hungern der Lokalbeamten den Rest vollends zu zer Sprengen.  
 Wenn wir also wollen, daß auch wir unsere Berufscollegen  
 dahin bringen, mit uns allesamt in unserer Organisation  
 zu kämpfen für eine bessere Existenz, dann dürfen wir den  
 Beitritt nicht durch hohe Beiträge erschweren, dann müssen  
 wir durch eifrige Agitation mit den jetzigen Beiträgen dahin  
 zu streben suchen, den letzten Mann zu uns heranzuziehen.  
 Wenn das gelingt, dann werden auch bei uns Löhne verdient  
 werden, welche höhere Beiträge ermöglichen. Dann werden  
 auch unsere Kollegen sich nicht mehr dazu hergeben, dem  
 Unternehmertum zu helfen, den Kollegen der größeren Orte  
 das mit vielen Opfern Errungene immer wieder zu entreißen.  
 Also, Kollegen der Großstädte, bedenkt, daß es Euer Schaden  
 auch ist, wenn Ihr uns die Agitation erschweren helft.

**H. Merker, Liegnitz.**

Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung würde für  
 die kleineren Zahlstellen sicher nicht vorteilhaft wirken.  
 Vielen Kollegen, die einen Wochenverdienst von nur 16  
 bis 18 haben, fällt es jetzt schon schwer, die Beiträge zu  
 bezahlen und eine Beitragserhöhung, wie sie die Arbeitslosen-  
 unterstützung notwendig macht, könnte von diesen Kollegen  
 auch wenn der beste Wille dazu vorhanden wäre, nicht ge-  
 leistet werden. Wenn auch von verschiedenen Seiten mit  
 großem Eifer versucht wird, nachzuweisen, daß mit 10 %  
 Beitragserhöhung auszukommen wäre, so ist dies wohl so  
 aufzufassen, daß damit die Arbeitslosenunterstützung wohl  
 e i n geführt, aber nicht d u r c h geführt werden kann, und ein  
 weiteres Steigen der Beiträge würde nicht lange auf sich  
 warten lassen.

Kollege O. Gerlitzke-Leipzig führte an, daß, wenn  
 während der Zeit der Krise bei Lohnreduzierungen die Ar-  
 beiter die Besche zu zahlen hätten, diese dann auch für Bei-  
 tragserhöhung schwärmen könnten. Also zu der Lohn-  
 reduktion auch noch die Beitragserhöhung.

Kollege Gerlitzke scheint vergessen zu haben, daß die Lohn-  
 reduzierungen von den Arbeitern am Kunde, an der Klei-  
 dung usw. abgepart werden müssen, und zwar so lange, bis  
 diese Scharte wieder ausgeweht ist. (?? Die Red.)

Ganz berechtigt ist die Auffassung des Kollegen Bruno  
 Müller aus Cotta in Nr. 6: Daß es einmal einer dieser  
 Herren Rechenkünstler versuchen sollte, uns vorzurechnen,  
 was ein verheirateter Arbeiter mit 900 Jahresverdienst  
 nach Abzug des Lebensunterhaltes noch übrig hat für die  
 politische und gewerkschaftliche Organisation. Ich glaube,  
 das Resultat würde nicht zu einer Beitragserhöhung ver-  
 loden.

Die kleinen Zahlstellen sind größtenteils der Ansicht,  
 daß der Verband diesen voreist zur Erreichung besserer Lohn-  
 verhältnisse und Arbeitsbedingungen etwas mehr die Hand  
 reichen sollte als bisher. Während man für große Zahlstellen  
 Tausende opfert, zur Erreichung des Neunstundentages, werden  
 die kleinen Zahlstellen, in denen man das Vermögen hat,  
 sich noch elf Stunden abmühen zu können, ziemlich wenig  
 berücksichtigt.

Also hier den Hebel ansetzen. Sind diese Kollegen  
 finanziell etwas besser gestellt, dann werden sie auch eher für  
 die Arbeitslosenunterstützung zu haben sein. **Kahn, Landau.**

Kollege B. Rieminger in Schramberg sagt, wenn  
 viele Anhänger der Arbeitslosenunterstützung behaupten, daß  
 die Einführung derselben der schlechteren Geschäftslage wegen  
 eingeführt werden müßte, so stelle er dem die Behauptung ent-  
 gegen, daß wegen der schlechten Geschäftslage höhere  
 Beiträge nicht erhoben werden können. Sollte es dennoch  
 geschehen, würden viele kleine Zahlstellen eingehen, viele  
 andere Mitglieder einbüßen, wie sich das bei den Beitrags-  
 erhöhungen jedesmal in Schramberg gezeigt hätte. Man  
 könne es ja angenehm empfinden, wenn man im Falle der  
 Arbeitslosigkeit Unterstützung bekäme, aber die Lohn-  
 verhältnisse in der Uhrenindustrie des Schwarzwaldes seien  
 so traurige, daß es schon heute schwer halte, die gegen-  
 wärtigen Beiträge zu erhalten. Da die am meisten an einer  
 Arbeitslosenunterstützung Interessierten in großen Städten  
 wohnen, rathe er diesen, einen höheren Lokalbeitrag zu er-  
 heben und die Arbeitslosenunterstützung einzuführen, sonst  
 aber an den Beiträgen nichts zu ändern. Dem Kollegen, der  
 die Arbeitslosenunterstützung für ein gutes Agitationsmittel  
 hält, empfiehlt er ein Jahr im Schwarzwald zu agitieren, er  
 dürfte keine zu guten Erfahrungen machen und keine Mit-  
 glieder gewinnen, wenn er einen Mehrbeitrag von 15 und  
 20 % fordert.

Kollege Sturm in Nürnberg schlägt als Mittel,  
 den Mehrbeitrag von 15 % aufzubringen, vor, jede Woche  
 ein Glas Bier weniger zu trinken. Hier fürte weder, noch  
 gäbe es Kraft. Er tritt dann dafür ein, dem Alkoholgenuß  
 zu entsagen, dann werde auch die Frage der Arbeitslosen-  
 unterstützung gelöst sein. Ein Abstinenzler sehe Alles viel  
 klarer und heller, und schone deshalb auch nicht vor einem  
 geringen Mehrbeitrag zurück.

Kollege B. Bromme aus Ronneburg war Gegner  
 und ist jetzt Anhänger der Arbeitslosenunterstützung. Er er-  
 blickt einen Vorteil in der Einrichtung und will die erhöhten  
 Opfer gern erwidern. Es sei doch in einer Zeit, wo das  
 prächtige Unternehmertum die Arbeiter rücksichtslos auf die  
 Straße werfe, ein beruhigendes Gefühl, nicht ganz und gar  
 verhungern zu brauchen. Er überläßt aber die Verantwortung  
 dafür dem Vorstand, daß der Beitrag später nicht gesteigert  
 werden darf; jede weitere Extraleistung für den Verband  
 würde die Ertragsfähigkeit der kleinen Zahlstellen in Frage  
 stellen. Im Uebrigen, meint Kollege B., sollten die kleinen  
 Zahlstellen die Sache doch zu pessimistisch auf; was die  
 Metallarbeiterverbandsmitglieder leisten könnten, das  
 bräuten auch wir zu Wege. Er hoffe, daß auf allen  
 Sitzungszeilen, die eingeleitet werden, das Wort „Ja“ steht.

Die Zahlstelle S a m b u r g beschäftigte sich in einer am  
 20. Februar vor circa 200 Mitgliedern bejudeten Extra-  
 mitgliederversammlung mit der Frage der Einführung der  
 Arbeitslosenunterstützung. Nach einem Referat des Kollegen  
 E a b r e i t und eingehender Diskussion, an der sich die  
 Kollegen Stubbe, S a t z, Legien und der Referent beteiligten,  
 wurde folgende, von den Kollegen Umbreit und Legien vor-  
 geschlagene Resolution mit großer Mehrheit angenommen:

„Die heutige Mitgliederversammlung erblickt in der Ar-  
 beitslosenunterstützung eine notwendige Ausgestaltung des  
 Verbandes und erwartet von dem bevorstehenden Verbands-  
 tag ihre Einführung. In diesem Sinne ersucht sie die Mit-  
 glieder, in der Urabstimmung für dieselbe einzutreten.“

Dagegen wurde ein vom Kollegen Stubbe eingebrachter  
 Antrag abgelehnt, der folgenden Wortlaut hatte:

„Die heute, am 20. Februar, tagende Mitglieder-  
 versammlung hat aus der Diskussion über die Arbeitslosen-  
 unterstützung die Ueberzeugung gewonnen, daß zur Ein-  
 führung derselben in unserer Organisation ein wöchentlich  
 Beitrag von 20 % notwendig ist, um die beantragten Sätze  
 bezahlen zu können.“

Die Sektion der Bürsten- und Pinselmacher K ü r n -  
 b e r g s beschloß nach einem Referat des Genossen Köhn, bei  
 der Urabstimmung für die Arbeitslosenunterstützung zu  
 stimmen.

**Zum Drechslerstreik bei G. Worms in Zeitz**

Der Streik dauert fort. Wenn auch der Zug von aus-  
 wärts verhältnismäßig stark ist, so steht der Streik doch  
 günstig. Im Laufe der Woche hat ein Drechsler K r o t e r  
 aus L e i p z i g als Streikbrecher angefangen. Derselbe, von  
 den Streikenden mehrfach ersucht, aufzuhören, äußert ein-  
 fach: Was geht mich der Streik an; ich will nicht auf die  
 Landstraße. Aber unter 24 arbeite ich nicht. Jedenfalls  
 zählt auch Herr W. den Lohn. Aber Traillen, für welche W.  
 5 % geben wollte, kommen dabei auf 10 % pro Stück. So  
 muß es auch sein. Herr W. bittet inständig seine Kundschaf-  
 t, sich zu gedulden. Morgen fahre ich nach Zeitz und hole  
 Drechsler Armer Gustav! Darüber verlieren die Kunden die  
 Geduld. Wenn im Laufe der Woche vom Buchhalter die  
 Neuherung fiel, es geht auch ohne diese Herren, so mag die  
 Zeit nicht mehr fern sein, wo er sagen kann, es geht ohne  
 Worms und auch ohne mich. Im Laufe dieser Woche saßen  
 Streikende in einer Firma an, welche bisher ihre Arbeit bei  
 W. herstellen ließ, und zwar deshalb, weil W. die Arbeit  
 billiger anbot, als die Firma sie herstellen konnte. Gewiß  
 der Gipfel der Schundkonkurrenz. Dafür noch ein Beispiel:  
 In einer anderen Fabrik erkrankte kürzlich ein Drechsler.  
 Er hatte für eine gewisse Sorte Säulen 60 % erhalten. Als  
 er zurück kam erhielt er nur 40 % mit der Begründung, für  
 60 % liefere sie Worms fit und fertig. Dieses hielt ihn bei  
 einer Verhandlung der Bevollmächtigte vor; Worms meinte,  
 ein Anderer hätte sich für 55 % angeboten, er hätte auch  
 billiger arbeiten müssen. Ein Arbeiter überführte ihn aber  
 sofort, daß Worms sich dann sofort für 45 % angeboten  
 habe. Bei solchen Schundpreisen sollen dann die Arbeiter die  
 Prigelungen sein. In seiner Roth verspricht Worms nun in  
 seinen Offerten goldene Berge. Ein Drechsler, welcher acht  
 Jahre dort arbeitete, erhielt seit Kurzem 21,80 die Woche,  
 die Anderen von 16 bis 18; jeht verspricht Worms  
 40 % Stundenlohn. Man sieht, er hat den Großkapitalisten  
 schon etwas abgeduldet. Die alten Arbeiter sollen bis 12  
 und 18 heruntergedrückt werden und die Herausreiber er-  
 halten 18 % angeboten. Aber trotzdem will Keiner ansetzen.  
 Vor uns liegt eine Offerte, welche W. nach Maderberg in  
 Sachen richtete. Zur Erheiterung der Kollegen wollen wir  
 diese hier abdrucken:

Zeitz, den 21. Februar 1902.

Herrn R. . . . Maderberg i. E.  
 Nehme Bezug auf Ihre Offerte und bin ich nicht ab-  
 geneigt, Sie bei mir in Arbeit zu stellen. Da Sie ver-  
 heiratet sind, ist es mir so lieber, denn ich habe Drechs-  
 ler gehabt, welche 12 Jahre bei mir thätig gewesen sind.  
 (Das ist nicht wahr, D. W.) Auf eine dauernde und  
 a n g e n e h m e Stellung dürfen Sie sich versichert halten.  
 Ich fabriziere hauptsächlich Konjole- und Eisen säulen  
 für Klavierfabriken und Möbel- und Bauarbeiten. Wenn  
 Sie ein tüchtiger Drechsler sind, gebe ich Ihnen einen  
 Stundenlohn von 35-40 %, auch können Sie die Arbeit  
 in Afford verrichten.

Ich benötige jezt noch einige tüchtige Drechsler und  
 aus welchem Grunde, will ich Ihnen mitteilen. Wegen  
 groben Benehmen und Aufwiegelei der  
 a n d e r e n K o l l e g e n kündigte ich am Sonnabend vor  
 acht Tagen zweien meiner Drechsler, kommenden Montag  
 darauf kündigten mir fünf andere Drechsler mit den  
 Worten: Wenn Sie die zwei Leute nicht wieder einstellen,  
 gehen wir auch in 14 Tagen. Ich habe die Kündigung auf-  
 recht erhalten und demnach am Sonnabend die Leute ent-  
 lassen. Selbstverständlich denken die betreffenden Drechsler,  
 ich stelle sie wieder ein, welches ich aber nie wieder thun  
 würde, um so mehr, da die Leute von alleine aufgehört haben.  
 Ich suche mir jezt nun andere Kräfte und habe ich jezt  
 drei tüchtige Drechsler (Das ist wieder nicht wahr, D. W.),  
 unter diesen ist auch einer aus Maderberg, Namens Stoll,  
 welcher Sie kennt und mir Sie empfohlen hat. (Wir waren  
 bis dato der Meinung, daß derselbe aus Ostpreußen sei,  
 er hatte sich als solcher vorgestellt, D. W.) Ich habe Ihnen  
 nun Alles wahrheitsgemäß mitgeteilt und wenn Sie auf  
 die Stelle ujm.

Nun, der Drechsler schrieb nicht an W., sondern an die  
 Zahlstelle und sandte den Rathschrei des W. mit ein. Worms  
 kann lange warten, bis er Antwort erhält. Wenn W. schreibt,  
 er stellt die Leute nie wieder ein, so weiß er ja gar nicht, ob  
 er diese einstellen kann. Er sieht jezt nach acht Tagen schon  
 aus, wie ein betrübter Gerber, dem die Felle fortgeschwommen  
 wären. Seine eingerichteten Leute werden mit offenen Armen  
 empfangen und unser Gustav W. verliert einen Kunden nach  
 dem anderen. Mag er sich bei seinem tüchtigen Wert-  
 schützer (Menzel) trösten, welcher, nebenbei gesagt, in  
 L e i p z i g, nachdem er den Streikbrecher gemacht, als  
 Meister für den hohen Lohn von 16, jage sechszehn Mark,  
 die Woche gnädig behalten wurde. Gewiß ein guter Beweis  
 seiner außergewöhnlichen Gewandtheit.

**Der Abwehrstreik der Holzarbeiter in Neu-Jsenburg.**

Schon in voriger Nummer berichteten wir, daß die Maschinen-  
 arbeiter in mehreren Möbelfabriken die Arbeit eingestellt haben.  
 Alle Einigungsversuche sind erfolglos gewesen. Mit den  
 höflichen Worten: „Hier hängt er, Der neue Affordtarif“

nämlich) und so wird's gemacht“ wurden die Kollegen abgeschoben.  
 Bei fünf Firmen: M. A. Wittich, S. Lorenz, G. Neumann Söhne,  
 M. Leonhardt und W. Ackermann untkten daher am 17. Februar  
 die Kollegen zum Abwehrstreik freien. Von einer Heraus-  
 forderung und von einem Gewaltakt seitens der Arbeiter kann  
 gewiß nicht die Rede sein, wie die Fabrikanten glauben zu machen  
 suchen. Im Laufe der letzten Woche ging dann der Lohn-  
 kommission seitens der Arbeitgeber folgendes Schreiben zu:

„Die Arbeitgeber erklären sich hierdurch solidarisch ver-  
 pflichtet, falls in den Werkstätten mit Maschinenbetrieb die  
 Arbeit zu dem neu ausgehängten Tarif, welcher eine Gleich-  
 stellung des Lohnes der Affordarbeiter bedeutet, bis zum  
 Samstag, den 22. d. M., nicht aufgenommen wird, in allen  
 hiesigen Schreinerereien eine allgemeine Lohnreduktion ein-  
 treten zu lassen.“

G. Neumann Söhne. M. Leonhardt. M. A. Wittich.  
 W. Ackermann. S. Lorenz. Peter Lorenz.  
 M. Sorch & Co. Georg Sögelmann. Georg Müller.  
 Louis Seibert. Peter Kraut Johann Kraut II.“

Die Lohnkommission hat darauf geantwortet, daß die  
 Arbeiter der vorstehenden Firmen in dem neuen Affordtarif  
 keine Ausgleichung der Preise erblicken, vielmehr sei bei vielen  
 Artikeln eine Lohnreduktion, aber keine Aufbesserung an anderen  
 Artikeln vorgenommen. Die Lohnkommission verwahrt die  
 Arbeiter dagegen, daß sie Forderungen gestellt hätten, sie hätten  
 lediglich gewünscht, daß der alte Tarif beibehalten werde. Sie  
 erbietet sich auch, für die Folge über die Differenzen mit den  
 Arbeitgebern in Unterhandlung zu treten. Im Uebrigen ist auf die  
 Drohung der zwölf Arbeitgeber nicht viel Gewicht zu legen, da  
 sie nicht allein, sondern noch zehn weitere Firmen in Frage kommen,  
 die aber nicht mit unterschreiben haben. Die vorgenommene Lohn-  
 reduktion bei der Firma Koller & Lange wurde nach Vorstellig-  
 werden der Arbeiter beim Gläubigerausschuß zurückgenommen.  
 Im Ganzen sind 79 Kollegen ausständig, davon 46 verheiratet.  
 Arbeitswillige sind nur Einzelne vorhanden und zwar nur die,  
 welche von Anfang an nicht recht wußten, auf welche Seite sie sich  
 schlagen sollten. Diese „Stützen“ werden denn auch Mittags  
 von den Schulleuten zum Essen und Abends zur Bahn ge-  
 leitet, damit ihnen kein Leid geschieht. Sonst sind Streikbrecher  
 trotz vieler aufgewandeter Mühe seitens der Fabrikanten bis jezt  
 nicht aufzutreiben gewesen. Wir bauen auf das Solidaritäts-  
 gefühl der organisierten Kollegen und erwarten, daß sie Aus-  
 thun werden, um den Zug nach hier zu verhindern.

**Stundichau.**

**Sozialdemokratische Interpellation im Reichstage über Anwendung des § 35 der Gewerbeordnung.** Auf Grund des § 35 der Gewerbeordnung, der von der gewerbs-  
 mäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten handelt und  
 bestimmt, daß Personen, welche dies Gewerbe betreiben, die  
 Eröffnung ihres Betriebes der Polizei mitzuteilen haben, war  
 gegen den von der Generalkommission eingeleiteten Arbeitersekretär  
 Dr. Winter in Weuthen strafrechtlich vorgegangen worden. Das  
 Urteil, das mit dem klaren Wortlaut des Gesetzes und der  
 Meinung seitens der Regierung gegebenen Begründung im  
 Widerspruch stand, gab doch der Polizeibehörde Veranlassung,  
 gegen Dr. Winter drei Strafbefehle von je 150 Mark zu fassen.  
 Dieses gesetzwidrige Verfahren veranlaßte die sozialdemokratische  
 Fraktion des Reichstages am Sonnabend letzter Woche folgende  
 Interpellation einzubringen:

„Ist es dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß im Wider-  
 spruch zu dem klaren Wortlaut des § 35 der Gewerbeordnung  
 und der Erklärung, welche der Staatssekretär des Reichsamts  
 des Innern, Graf v. Posadowsky, im Reichstag in der Sitzung  
 vom 23. November 1899 abgegeben hat, die Polizeibehörde zu  
 Weuthen den dortigen Arbeitersekretär Herrn Dr. Winter, weil  
 dieser angeblich fremde Rechtsangelegenheiten gewerbsmäßig  
 besorge, zur Anmeldeung des Arbeitersekretariats als eines Ge-  
 werbetriebes durch Geldstrafen zu zwingen sucht? Und was  
 gedenkt der Herr Reichskanzler dagegen zu thun?“

Die Interpellation wurde vom Genossen S o c h begründet,  
 und vom Grafen v. P o s a d o w s k y beantwortet. Die An-  
 wort des Ministers, die sich ganz im Sinne der Interpellation  
 bewegte, dürften sich die Weuthener Anklagebehörden nicht hinter  
 den Spiegel stecken. Man wird nun in Weuthen nicht mehr  
 sagen können: „Das machen wir hier so“, sondern aus  
 wird es von jezt anders machen müssen.

**Die preussische Gewerbe-Inspektion unter der Herr  
 Müller.** Wie die offizielle Presse berichtet, wird auch in diesem  
 Jahre, wie in den vorherigen, auf Anordnung des Ministers  
 für Handel und Gewerbe in der königlichen Berg-Akademie  
 in Berlin ein am 24. Februar beginnender, vierwöchiger  
 Instruktionkursus zur Ausbildung von  
 Gewerbeaufsichtsbeamten für ihren Dienst ab-  
 gehalten werden. An dem Kursus werden auch Offiziere  
 der Heeres- und der Marineverwaltung teilnehmen.

Daß der Minister für Handel und Gewerbe, Excellenz  
 Müller, sich bestrebt zeigt, durch derartige Kurse einen  
 weiteren Stamm von Gewerbeaufsichtsbeamten heranzu-  
 ziehen, können wir nur mit Freuden begrüßen, um so mehr,  
 als gerade bei der preussischen Gewerbeaufsicht eine Ver-  
 mehrung des Aufsichtspersonals sehr notwendig ist. Im  
 Zweifel kann man nur darüber sein, welchen Werth es haben  
 soll, zu solchem Instruktionkursus Offiziere der Heeres-  
 und der Marineverwaltung heranzuziehen. Beabsichtigt die  
 Regierung damit, den Herren Militärs etwas mehr sozial-  
 politisches Verständnis beizubringen, so kann man dagegen  
 wenig einwenden. Anders, wenn es die Absicht der Regierung  
 sein sollte, den militärdienstuntauglichen Offizieren durch  
 Verwendung im Gewerbeaufsichtsdienst mehr als bisher  
 die Möglichkeit zu schaffen, sorgentfrei auf ihren mili-  
 tärischen Vorbeuten ausruhen zu können. Gegen eine der-  
 artige Vermehrung der Gewerbeaufsichtsbeamten wäre aller-  
 dings ganz entschieden Front zu machen, da sie jedenfalls  
 nicht zu einer Hebung der Qualität der Gewerbeaufsicht  
 führen würde. Den besten Willen der Herren vorausgesetzt,  
 könnte die Gewerbeaufsicht durch ihre Verwendung doch nur  
 immer mehr in rückläufige Bahnen gedrängt werden; denn  
 die ganze Vorbildung, der ihnen anezogene militärische  
 Geist, das Milieu, aus dem sie hervorgegangen sind und der  
 Drift, in dem sie sich bewegen, haben bei ihnen Tendenzen  
 aufkommen lassen, die den in der Gewerbe- und Sozial-  
 geistesgebung zu lösenden Fragen direkt feindlich gegenüber-  
 stehen. Die Gewerbeaufsicht in Sachsen-Weimar — wo,

wenn wir nicht irren, ein pensionierter Offizier die Gewerbeaufsicht verlor oder noch verliert —, die keineswegs auf der Höhe steht, kann da nur als marnendes Exempel angeführt werden. Freilich, unter der Ministerschaft Möller's würde eine solche Vermehrung des Gewerbeaufsichtspersonals durchaus nichts so Unmögliches sein. Die dem Herrn, dem jede fortschrittliche Regierung auf diesem Gebiete ein Grauel ist, der sich erst noch jüngst im preussischen Abgeordnetenhaus gegen die Verwendung der Arbeiter und Aerzte im Gewerbeaufsichtsdienst wandte, könnte es unter Umständen nur erwünscht sein, wenn die Gewerbeaufsicht immer mehr an Bedeutung verliert. Andererseits ist die jetzige Zeit, in der das Militär das öffentliche Leben gänzlich überwuchert, an Beispielen reich, wo Offiziere in ähnlicher Weise Verwendung fanden. Wir erinnern nach dieser Richtung hin nur an den kürzlich durch die Presse der Deffentlichkeit übergebenen Fall, der sich in Elßaß-Lothringen zugetragen hat und wo ein Fusarenleutnant ohne eingehendes Vorstudium in eine höhere Beamtenstelle gelangte.

**Die Schrittmacher des Großunternehmerthums,** deren Aufgabe es ist, bei fetten Gehältern auf die „bezahlten Agitatoren der Arbeiterchaft“ zu schimpfen, haben neulich im Reichstag bei Gelegenheit der Budgetdebatte von dem bekannten Großindustriellen Rösche-Deßau eine treffende Werthschätzung erfahren müssen. Bei der Begründung seines Antrages, die paritätischen Arbeitsnachweise betreffend, griff er die Unternehmernachweise, deren Hauptaufgabe zugeordnetem die Kontrolle lätiger Arbeiter und die Unterdrückung des Koalitionsrechtes des Arbeiters ist (siehe den Stragenlamp-Arbeitsnachweis in Hamburg), scharf an und führte zur Charakterisierung der in Industriellenkreisen maßgebenden Auffassung über die Arbeiter folgendes an: „Auf einer Versammlung des Zentralverbandes der Industriellen in Dortmund hat der Generalsekretär erklärt: Das Schlagwort von der Gleichberechtigung des Arbeiters mit dem Unternehmer sei ein Unfug. — Ich freue mich, daß die Unternehmer wenigstens so viel Scham hatten, ein solches Wort nicht zu gebrauchen, sondern es dem Generalsekretär überließen.“ — Was sagen die Herren Vued., Deumer, Tille und die übrigen „bezahlten Agitatoren“ der Großindustrie zu dieser ihrer Werthschätzung aus dem Munde eines der angesehensten Großindustriellen?

**Ein Gewerbegerichtsstandal.** Wie aus Neß berichtet wird, ist es am dortigen Gewerbegericht wegen der mehr als eigentümlichen Geschäftsführung des ersten Vorsitzenden desselben, Namens Hermstroff, zwischen diesem und den Arbeitnehmerbeisitzenden zum Konflikt gekommen. Es war bei dem Vorsitzenden in letzter Zeit immer mehr zur feststehenden Einrichtung geworden, daß er bei der Heranziehung zu den Sitzungen in auffälligerweise die unorganisierten Arbeiter bevorzugte, während die einer Organisation angehörigen fast vollständig übergangen wurden. Am meisten Erbitterung erregt es jedoch in den Neßer Arbeiterkreisen, daß H. die Vertretung von Arbeitern, denen die Fähigkeit zur Vertretung ihrer Interessen fehlt, durch Kollegen oder andere Personen mit allen Mitteln zu verhindern sucht. In Neß, wo man es so vielfach mit Arbeitern französischer und italienischer Zunge zu thun hat, wird diese gesetzwidrige Beschränkung um so schwerer empfunden. Herr H. „vertagte“ in einem derartigen Falle die Verhandlung kurzerhand auf 14 Tage, weil der Kläger nicht persönlich erschienen war, obwohl die Vollmacht seines Vertreters sich in vollständiger Ordnung befand. Auf des Letzteren Frage, auf welche gesetzlichen Bestimmungen sich H. dabei stütze, antwortete dieser: „Wir sind hier nicht in einem Taubenschlag! Ueberhaupt habe ich es nicht nötig, Karagrappen anzuführen!“ In einer geradezu skandalösen Sitzung, die sich Herr H. in seiner Eigenschaft als Gewerbegerichtsvorsitzender leitete, berichtet die in Neß erscheinende „Lothr. Würgerztg.“ das Folgende: Ein älterer Schlächtergeselle klagte gegen seinen früheren Arbeitgeber wegen kündigungsfreier Entlassung. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Behandlung des Arbeiters durch die Familie des Meisters eine durchaus unwürdige war. Unter Anderem soll ihm die 18jährige Tochter in's Gesicht gesagt haben: Sie können mich am A . . . ledern! Als der Nachfolger des klagenden Gesellen dies vor Gericht unter Eid bestätigte, verfiel sich der Vorsitzende H. zu dem laizistischen Ausspruch: „Das würde Ihnen wohl passen, so ein junges Mädchen am A . . . zu ledern.“

In diesen ganzen Vorgängen wieder spiegeln sich am treffendsten die ausnahmegeselligen Verhältnisse in Elßaß-Lothringen. In einem anderen Lande, wo der Arbeiterchaft größere Bewegungsfreiheit zugesichert ist und wo die Gesetze von den Behörden auch respektiert werden, würde sich ein Gewerbegerichtsbesitzer zweimal befinden, ehe er sich eines solchen Verhaltens schuldig machen würde. Aber in Elßaß-Lothringen, wo selbst die höchsten Behörden so schlechte Beispiele geben, daß sie selbst Reichsgesetze einer diktatorherrschastlichen Korrektur unterziehen, ist eben kein Ding unmöglich. Wie aufreizend muß eine solche Praxis speziell wie die obige in Neß auf die Bevölkerung wirken, die noch in den Erinnerungen der ungemiein liberalen französischen Gerichtspraxis befangen ist. . . . .

Die Arbeitnehmerbeisitzer des Gewerbegerichts haben sich gundächst beschwerdeführend an die Regierung gewandt. Ob von dort aber eine Heineidur zu erwarten ist, ist bei den eigentümlich gelagerten reichsständischen Verhältnissen sehr die Frage.

**Die Arbeitslosenzählung in Berlin.** Die am 1. Februar seitens der Berliner Gewerkschaftskommission vorgenommene Arbeitslosenzählung hat ergeben, daß am genannten Zeitpunkt in Berlin selbst 63 793 Arbeiter arbeitslos, 42 868 Arbeiter mit beschränkter Arbeitszeit arbeiteten, und 16 164 Arbeiter infolge Krankheit und Invalidität beschäftigungslos waren. In den Vororten Berlins waren außerdem 12 266 Arbeiter arbeitslos, 9 038 Arbeiter arbeiteten mit beschränkter Arbeitszeit, und 8076 waren infolge Krankheit und Invalidität ohne Beschäftigung, so daß die Zahl der Arbeiter, die, abgesehen von den Kranken, zwar arbeitsfähig sind, aber infolge des Darniederliegens der Geschäfte größtenteils überhaupt keine Arbeit haben, anderenteils aber in der Arbeit beschränkt und im Verdienst gekürzt sind, sich auf insgesamt 128 530 belief. Diese Zahlen zeugen von einem wahrhaft erschreckenden Umfang der Arbeitslosigkeit.

von einer Größe der Reiz, wie sie selbst die pessimistischsten Beurtheiler der Lage nicht vermuthet haben werden. Sie zeigen uns aber auch, wie schlecht die Regierung, von der die Zahl der Arbeitslosen in Berlin kürzlich erst noch auf 7500 angegeben wurde, über den thatsächlichen Nothstand unterrichtet ist, sie sind ein Menetekel für diejenigen, die bisher jeden Nothstand leugneten. Aber was wird seitens des Staates und der Kommune nun geschehen, um diesem Nothstand abzuhelfen?

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

**Bekanntmachung des Vorstandes.**

**Zur Beachtung für die auf der Reise befindlichen Mitglieder!**

In den nächsten beiden Wochen wird die Abstimmung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung vorgenommen werden. Um nun eine doppelte Stimmgabe der reisenden Mitglieder zu vermeiden, werden diese dringend ersucht, **nur am 15. März abzustimmen.**

Die Zahlstellen-Verwaltungen werden verpflichtet, auf den Herbergen Stimmzettel bereit zu halten, die dann von den zugereisten Mitgliedern ausgefüllt und an den Herbergswirth abgeliefert werden müssen.

**Der Vorstandsvorstand.**

**Bekanntmachungen der Gauvorstände.**

**12. Gau. Vorort Vera.**

Laut dem Beschluß des letzten Sautes, wonach der Gauvorstand beauftragt worden ist, ein Flugblatt zur Hausagitation herauszugeben, soll in nächster Zeit erschienen werden. Um nun das Flugblatt zweckentsprechend erscheinen zu lassen, ist es nothwendig, daß dem Gauvorstand die nöthigen Unterlagen zur Verfügung gestellt werden; wir ersuchen deshalb alle Zahlstellen des Gaues, alle wichtigen Vorkommnisse, welche geeignet erscheinen, in dem Flugblatt mit aufgenommen zu werden, unverweilt an den Unterzeichneten gelangen zu lassen. Auch bitten wir, uns mitzutheilen, wie viel Exemplare in den einzelnen Zahlstellen gebraucht werden.

**Der Gauvorstand. J. A.: Rich. Werner.**

**15. Gau. Vorort Hamburg.**

Dem Gauvorstand gehören für das Jahr 1902 an die Kollegen Stubbe, Sarnau, Böh, Neumann und Deinhardt.

Zum Gauvorsteher wurde Kollege Ernst Deinhardt, Hamburg 19, Schweusestr. 40, S. Et., wiedergewählt.

**Ernst Deinhardt, Gauvorsteher.**

**Korrespondenzen.**

**Brand i. Ergg.** Vor einigen Jahren wurde am hiesigen Orte von einer Aktiengesellschaft eine Stuhlfabrik in Betrieb gesetzt. Anfangs hielt es der Firma schwer, tüchtige Arbeitskräfte zu bekommen, nach und nach hat sich jedoch ein Stamm geübter Leute herangebildet und ein Theil derselben sich dem Holzarbeiterverbande angeschlossen und eine eigene Zahlstelle gegründet. Jedenfalls fürchtete die Fabrikleitung eine Schwächung ihres Profits, denn von da ab begann sie mit Gehirnen und Lohnabzügen. Der Vertrauensmann wurde regelmäßig auf das Kflaster gesetzt. Hat man in der Zeit des guten Geschäftsganges etwas Ruhe gehalten, sucht man jetzt überall anzubinden. Früher wurden für einige Sorten Stühle A 13,25 pro Duzend bezahlt, dann wurde Heftarbeit eingeführt; die Stuhlbauer betamen Säge und Lehnen fertig geliefert und mußten die Arbeit für A 9,50 herstellen. Vor einiger Zeit nun wurden zehn Mann in das Comptoir gerufen und ihnen erklärt, daß sie die Arbeit für A 7,50 zu machen hätten oder die Arbeitszeit würde reduziert werden. Auf Verreiben eines früheren „Auchkollegen“, der nach eigener Aussage, die 25 % Verbandsbeiträge lieber in Schnaps umsetzt, wurde die erstere Bedingung angenommen, wie sehr zu ihrem Schaden, sollten die Stuhlbauer nun am eigenen Leibe verspüren. Es kommt nach der Zeit vor, daß Familienväter mit A 6 bis A 10 nach Hause gehen müssen und nun verkauert, daß für die Stuhlbauer die Arbeitszeit doch noch reduziert werden soll; natürlich sollen die reduzierten Löhne Geltung behalten. Wären die Kollegen einig gewesen, wäre das nicht passiert, wenigstens wäre die Lohnreduktion zurückgenommen worden. Ebenso verfährt man mit den Maschinenarbeitern; während früher gelernte Kräfte beschäftigt wurden, hat man dieselben nach und nach entlassen und die Plätze mit Sofarbeitern besetzt, welche für den „horrenden“ Lohn von A 10 bis A 12 willige Ausbeutungsubjekte sind. Vielfach schlägt man hier den Verdienst der ganz gut entlohten Meister heraus. Dies Alles sollte den Kollegen die Augen öffnen, damit sie sehen, in welch traurigen Verhältnissen sie eigentlich leben. Viele von ihnen haben trotz der Hungerlöhne immer noch so viel Geld, daß sie es auf Maskenbällen und bei sonstigem Klimbim verjubeln, nur für eine Organisation, die ihre eigenen Interessen wahrnehmen, haben sie nichts übrig. Möchten sie und Alle, die unserem Bestreben, die Löhne höher zu bringen, und den fortwährenden Lohnreduktionen seitens unserer Arbeitgeber gleichgültig zu sehen, endlich begreifen, daß es nur besser werden kann, wenn sie gemeinsam mit uns den Kampf für ein menschenwürdiges Dasein aufnehmen. Darum hinein, Kollegen, in den Holzarbeiterverband.

**Glashütte.** Schon des Ofteren ist über die herrschenden Verhältnisse in der Holzwaarenfabrik von G. Witt in Altenberg im Erzgebirge geklagt worden. In letzter Zeit sind die Verhältnisse noch schlechter geworden. Die Folge davon ist, daß die Arbeiter nicht lange dort bleiben, sondern bald wieder verduften. Herr Witt ist auch stets auf der Suche nach tüchtigen Leuten.

Bei der herrschenden Arbeitslosigkeit ist es ihm ein Leichtes, Arbeiter unter allerhand schönen Versprechungen: „hohe Löhne, dauernde Stellung“ usw. anzulocken. Die Fabrik gleicht einem Taubenschlag; man kommt und geht wieder. Am Anfang dieses Jahres glaubte Herr Witt, die Zeit sei jetzt gut für seinen Vortheil auszunutzen; er legte den Tischlern und Polirern einen neuen Akkordtarif vor, wonach die Löhne um 15—30 % gekürzt waren. Während früher immer noch A 12—15 pro Woche verdient wurden, ist es jetzt trotz eifündiger, angestrengtester Arbeit kaum mehr möglich, A 10—12 herauszuwürgen. Für eine Arbeit, für die es früher A 4 gab, giebt es jetzt A 2,55 und für eine andere Arbeit, die früher mit A 3,40 bezahlt wurde, giebt es jetzt A 2,40 u. s. f. Durch diese Maßnahmen gingen den Arbeitern endlich die Augen auf, sie kamen zu dem Entschluß, daß hier nur eine starke Organisation diese Mißstände beseitigen kann. Sie festen sich daher mit unserem Gauvorstand, Kollegen Hanske, in Verbindung. Dieser beauftragte den Kollegen Manig aus Dresden, sowie den Bevollmächtigten der Zahlstelle Glashütte, Kollegen Siebeneicher, mit dieser Mission. Genannte Kollegen machten sich am 12. Januar auf den Weg, um in einem Lokal eine Versprechung zu arrangiren. Zu dieser waren auch ungefähr 30 Kollegen erschienen. In eindringlichen Worten schäuferte Kollege Manig die traurigen Verhältnisse, unter denen die Arbeiter leben und empfahl am Schluß seiner Rede den Kollegen, dem Holzarbeiterverbande beizutreten, denn durch die Hilfe und den Beistand desselben werde es möglich sein, bessere Zustände für sie herbeizuführen. Es wurden nun von eintausend der bei Herrn Witt beschäftigten Arbeitern, haarsträubende Dinge an's Licht gebracht. So erzählte ein Arbeiter (Tischler), er habe als Abschlag A 8 erhalten, am anderen Sonnabend zum „Lohnstage“ nichts, und habe eben in 14 Tagen nicht mehr als A 6 verdient. Ein Anderer, Vater von sechs Kindern, verdiente in zwölf Arbeitstagen die Summe von A 7,25. Ein Dritter meinte, im Erzgebirge habe er doch so viel verdient, daß er sich fast essen konnte, hier müsse er aber thatsächlich hungern. Kollege Siebeneicher meinte, es müsse doch einem Unternehmer die Schamröthe in's Gesicht steigen, wenn er einem Familienvater mit sechs Kindern in 14 Tagen A 7,25 auszahle. Es wurde auch über schlechte Behandlung und prognenhaftes Auftreten gegen die Arbeiter geklagt. Beschwerdte sich Jemand, dann heißt es: „Wem's nicht paßt, der kann gehen, ich bekomme Leute genug.“ Es wurden nun die Annahmen vollzogen und zwar traten 23 Kollegen dem Verbande bei. Zehn davon waren leider nicht im Besitz der nöthigen 75 % A. Die haben aber das Versprechen, beizutreten, später eingelöst. Damit hat der Verband auch in diesem künftigen Winter eine kleine Schaar waderer Kämpfer gefunden. Kollegen Altembergs! Wehretzig unsere Wabnung, seid einig, haltet fest zum Verband, werbt neue Mitglieder, ein Jeder werde zum Agitator, zieht den Furchtsamen und Gleichgültigen die Nachwürge von den Ohren, dann wird auch die Zeit nicht mehr fern sein, wo Ihr Euch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erzwingen werdet. Die Kollegen Deutschlands, speziell die des oberen Erzgebirges, ersuchen wir, in eigenen Interesse vorläufig zu sein und nicht auf verlockende Annoncen in bürgerlichen Zeitungen hincinzutreten. Wer hier Arbeit nehmen will, erkundige sich zuvor beim Bevollmächtigten der Zahlstelle Glashütte.

**Page i. B.** In der Turngeräthefabrik von W. Mener sind den Kollegen 15 pZt. Lohnabzug angekündigt worden. Einer Kommission, welche zu Herrn M. gelangt worden war, um über die Abzüge mit ihm Rücksprache zu nehmen, erklärte er, daß er in einem Jahre A 76 000 Schaden gehabt und der Konkurrenz wegen die Lohnreduktion nicht rückgängig machen könne. Daß Herr M. so viel Schaden gemacht hat, glaubt ihm natürlich kein Mensch, denn Jeder, der die Verhältnisse kennt, weiß, daß der Fabrikationswerth eines ganzen Jahres die obige Summe kaum erreicht. Möchten sich die Arbeiter Mener's ihre Kollegen bei der Firma B. Frig Köhle, Unterberg, zum Muster nehmen, die durch ihr festes Zusammenhalten eine achtstägige und geregelte Lohnzahlung erreicht haben. Am 5. März, Abends 9 Uhr, werden in unserem Versammlungskafal, bei Voos, Kömmerstraße, die Flugblätter für die öffentliche Versammlung zwecks Vertheilung ausgegeben. Mögen die Kollegen recht zahlreich und pünktlich erscheinen.

**Honneburg.** In der hiesigen Holzschneefabrik von Zimmermann & Eidner sind kürzlich, nachdem zuvor eine 25 prozentige Lohnreduktion vorgenommen worden, um das Maß voll zu machen, noch zwölf Arbeiter auf's Kflaster geworfen worden, darunter ein organisirter Kollege. Es ist zu bedauern, daß die Arbeiter obiger Firma so sehr schlecht organisiert sind, es ist doch zu ihrem eigenen Schaden. Wären diese zwölf Mann sämtlich ihrem Verbande als Mitglieder zuerbanen gewesen, so hätten sich die Herren Chefs die Sache wohl dreimal überlegt. Sind es doch ausschließlich Arbeiter, die die Fabrikare der Herren B. & St. konsumiren. Nehmt Euch das zu Herzen, Arbeiter dieser Firma, und tretet eurem Verbande bei. Theodor Meyer, Kirchgasse, und Willy Wronne, Friedrichsweide, nehmen stets Anmeldungen entgegen.

**Vierte Konferenz des 7. Gaues,**

**abgehalten am 26. Januar in Magdeburg.**

Anwesend sind 29 Delegirte, die 20 Ort. vertreten. Es fehlten Witterfeld, Genthin, Tangermünde und Wittenberg. Dem Gaubericht ist zu entnehmen: Die Verwaltung hielt 21 Sitzungen ab; Versammlungen fanden 33 statt, davon in Wädtersleben, Witterfeld, Tangermünde, Wittenberg, Zerbst je drei; in Bernburg, Coswig, Deßau, Gr.-Ottersleben, Stahfurt je zwei, in Burg, Salze, Delitzsch, Eisleben, Gardelegen, Magdeburg, Merseburg und Halle je eine und in Stendal sechs. Neue Zahlstellen wurden gegründet in Elbe und Nördersleben. Letztere und die Anzahl 1e Wädters sind trotz aller Mühe und Kostenaufwendung wieder verloren gegangen, ebenso Alen. Auf Anordnung des Vorstandes fanden Stattenrevisionen statt in Stendal, Magdeburg, Tangermünde und Zerbst. Auf Veranlassung des Gauvorstandes in Alen, Witterfeld, Delitzsch, Gardelegen, Genthin und Wittenberg.

Lohnbewegungen fanden statt in Wädtersleben in der Münter'schen Schneeremühle. Die Differenzen wurden unter Mitwirkung des Gauvorstehers zur Zufriedenheit der beteiligten Kollegen beigelegt. In Burg, wo Differenzen in der Ahmann'scher Spiegelrahmenfabrik entstanden, hatten die Kollegen die Arbeit eingestellt. Auch hier gelang es den Kollegen unter Mitwirkung des Gauvorstehers, die schwersten Schädigungen abzuwehren. Jedoch konnte ein Kollege in den

Betrieb nicht wieder mit eintreten. Nach kaum sechs Monaten brachen bei Ahmann wiederum Differenzen aus. Ganz erhebliche Lohnreduktionen waren angekündigt. Die Verhandlungen gaben den dort beschäftigten Kollegen kein befriedigendes Resultat und sie legten die Arbeit nieder trotz der schlechten Geschäftslage, welche auch auf diesem Werk herrschte. Die folgende Versammlung beschloß trotz Abwärtens des Gauvorstandes den Streik, der zu Ungunsten der Kollegen verlief. Bei der Firma Peter & Bethge fügten sich die Kollegen in das Unvermeidliche. Geschlichtet resp. beigelegt wurden die Differenzen in Köthen (Fabrik Scholz) und in Jersbitz in Stodredschlerwerkstätten. Mit der unredmässigen Entlassung dreier Kollegen endete ein Werkstättenstreik bei Winkler in Magdeburg; ungünstig verlief auch ein solcher bei Wurmstich. Am Schluß des Jahres 1900 war der Mitgliederstand im Gau 2077, am Schluß des ersten Halbjahres 2055, also weniger 22 Mitglieder, am Schluß des dritten Quartals 1995 Mitglieder, also weniger 60 Mitglieder. Wie viel es am Schluß des Jahres sind, ließ sich nicht feststellen.

Nachstehende Tabelle zeigt, aus welchen Orten Fragebogen eingehandt wurden und den Stand der Organisation in denselben.

Ort	1900		1901			
	IV. Quart.	organisiert	I. Quart.	II. Quart.	III. Quart.	IV. Quart.
Alten	14	4	8	8	8	8
Niederleben	71	37	59	85	58	11
Bernburg	204	115	106	82	82	11
Witterfeld	118	18	21	141	22	160
Burg	416	266	277	378	278	378
Salze	*)	—	—	—	—	19
Edithen	168	80	84	135	99	213
Loßwig	56	31	34	66	39	56
Delitzsch	—	17	87	18	37	19
Dessau	287	177	175	279	165	399
Diesdorf	19	16	14	18	15	18
Eisleben	115	43	38	106	37	87
Gardelegen	289	18	14	10	—	—
Genthin	11	6	9	9	8	13
Halle	924	343	337	924	341	1097
Magdeburg	1562	614	532	563	544	644
Merseburg	—	24	28	26	—	—
Ottersleben	36	33	32	15	30	29
Rosslau	82	27	31	85	29	84
Schönebeck	105	69	148	75	145	67
Stahfurt	45	34	35	43	38	22
Stendal	172	25	102	26	27	129
Tangermünde	—	9	—	7	—	—
Wittenberg	87	18	21	28	—	—
Jersbitz	187	54	53	184	60	195

Beschäftigt waren im Gau im ersten Halbjahr 1901:

	Großbetriebe		Kleinbetriebe		Zahl der Beschäftigten		Hiervon organisiert
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	
Hürten- und Pinselmacher	5	50	54	31	14	—	—
Drehler	19	63	176	—	105	—	—
Hülfsarbeiter	25	10	304	28	76	—	—
Korbmacher	1	53	107	—	37	—	—
Musikinstrumentenmacher	1	5	39	—	6	—	—
Maschinenarbeiter	35	11	150	—	16	—	—
Stellmacher	4	98	185	—	47	—	—
Tischler	28	396	1601	—	850	—	—
Verchiedene	1	8	71	10	24	—	—
<b>Summa</b>	<b>119</b>	<b>894</b>	<b>2587</b>	<b>69</b>	<b>1175</b>	<b>—</b>	<b>—</b>

Zahl der Fragebogen 19.

Im zweiten Halbjahr 1901:

	Großbetriebe		Kleinbetriebe		Zahl der Beschäftigten		Hiervon organisiert
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	
Hürten- und Pinselmacher	11	53	66	32	13	—	—
Drehler	17	79	176	—	110	—	—
Hülfsarbeiter	23	13	366	20	66	—	—
Korbmacher	2	59	76	—	38	—	—
Musikinstrumentenmacher	1	17	48	—	7	—	—
Maschinenbauer	29	16	187	—	15	—	—
Stellmacher	1	99	196	—	57	—	—
Tischler	36	469	1967	—	942	—	—
Verchiedene	4	8	72	30	20	—	—
<b>Summa</b>	<b>124</b>	<b>813</b>	<b>2194</b>	<b>82</b>	<b>1266</b>	<b>—</b>	<b>—</b>

Zahl der Fragebogen 22.

Der Kaszenbericht ist folgender:

Einnahme.		
Kassenbestand am Schluß des Jahres 1900	.....	M. 111,75
Freiwillige Beiträge der Zahlstellen: Alten M. 11,50,		
Niederleben 5, Bernburg 16,50, Witterfeld 1,90,		
Burg 25,50, Edithen 16, Loßwig 7,10, Delitzsch		
4,90, Dessau 38, Diesdorf 2,50, Eisleben 11,		
Gardelegen 3, Genthin 1,20, Groß-Otters-		
leben 9, Halle 40, Magdeburg 116, Rosslau 6,		
Schönebeck 12,60, Stahfurt 4,85, Stendal 5,15,		
Tangermünde 1,60, Wittenberg 2,85, Jersbitz 10,		
Summa	.....	354,25
Aus der Verbandkasse	.....	620,-
Erlöse Einnahmen	.....	29,40
Summa	.....	M. 1108,40

\*) Neugegründet. †) Aufgehoben.

Ausgabe.

Diäten und Fahrgebeln an Referenten	.....	M. 349,80
für sonstige Reisen	.....	288,—
Drucksachen und Inserate	.....	30,90
Porto und Schreibmaterial	.....	35,50
Verwaltungsfohlen, Entschädigungen und sonstige	.....	281,90
Ausgaben	.....	Summa .. M. 986,10
Kassenbestand für das erste Halbjahr 1902	.....	122,30
Summa	.....	M. 1108,40

Magdeburg, den 15. Januar 1902.

Für die Richtigkeit der Abrechnung:

Die Revisoren der Zahlstelle Magdeburg.  
Ebeling. Ernst. Böhne. Saustleben.

Die Gauverwaltung.

Wahle, Gauvorsteher. Düsedau, Gaukassirer.  
Allen, Schriftführer.

In der anschließenden Diskussion wurde von Halle und Dessau lebhaft Klage geführt, daß seitens der Gauverwaltung kein Halbjahresbericht in der „Holzarbeiter-Zeitung“ gestanden habe. Ebenso wurde die Bekanntgabe der neuen Adressen in der Zeitung vermisst. Burg will, daß die Zahlstellenverwaltung die Schuld über den verlorenen Streik bei Ahmann trage.

Schönebeck wünscht für die Zukunft die Angabe der neugegründeten Zahlstellen. Wahle tritt wieder für die Anstellung eines Gauvorstehers ein. Drehler meint, die Schuld an dem Mangel der Veröffentlichungen liegt an der Ueberlastung der einen Person. Gorgas verspricht, daß für die Zukunft solchem Uebelstand abgeholfen werde und beantragt, die Bekanntgabe der säumigen Zahlstellen, die die Fragebogen nicht rechtzeitig einjenden, bei dem nächsten Halbjahresbericht. Der Antrag fand allseitige Zustimmung.

Ein Antrag: Zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung Stellung zu nehmen, wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Ein Antrag Köthen, Diätenfestsetzung für Delegirte der Verbandstage, wird zurückgezogen, von Halle wieder aufgenommen und dann abgelehnt. Der Antrag Burg zum § 16 des Streitreglements: „Auch wird streikenden verzeiratheten Mitgliedern, welche vorübergehend an anderen Orten beschäftigt sind, ein Drittel der Streikunterstützung gezahlt“, wird angenommen; hingegen ein Antrag Dessau: „Dem § 4 des Statuts folgenden Absatz einzuschalten: Solchen Mitgliedern, welche krank und arbeitsunfähig sind und aus anderen Institutionen keine Unterstützung beziehen“, abgelehnt.

Zu dem Antrag Halle: „In allen Betrieben, wo zwei Drittel der dort beschäftigten bezugsberechtigten Mitglieder einer Organisation sind, muß eine geheime Abstimmung über die Arbeitsruhe am 1. Mai vorgenommen werden. Entscheidet die Majorität für die Arbeitsruhe, so hat sich die Minorität zu fügen. Bei Aussperrung oder Maßregelung wegen Ruhenlassens der Arbeit am 1. Mai erhalten die davon betroffenen Mitglieder eine Unterstützung in der Höhe der Maßregelungsunterstützung, wie diese am Orte gezahlt wird vom 2. Mai ab“, wird beantragt, überall zu setzen drei Viertel Majorität. Dieser Antrag wird angenommen.

Die Anträge Magdeburgs: „1. Bei Abrechnungs sind vom Vorstand kleinere Fragebogen anzuschaffen zur Erleichterung der Zahlstellenverwaltung. 2. Die Gauen sind so zu regeln, daß dieselben für den Sitz des Gaus leichter zu bearbeiten sind. 3. Der Vorstand soll nach dem Verbandstage eine Konferenz der Gauvorstände einberufen“, werden angenommen und dem Vorstande zur Verurückung überwiesen.

Die Anträge von Jersbitz erhalten folgenden Wortlaut und gelangen zur Annahme: „Kollegen, die seit Bestehen des Verbandes Mitglieder (eventuell 20 Jahre ihren Verpflichtungen nachgekommen) sind, bleiben mit dem 60. Jahre, wenn erwerbsunfähig, Mitglied des Verbandes ohne Beitragsleistung.“ Zum § 4 Abs. b hinzuzufügen: „Und an den Eltern der ledigen Kollegen, wenn zur Erhaltung derselben beigetragen.“

Ein Antrag Rosslau und Dessau zum § 16: „Die Unterstützung ist an allen Orten die gleiche“, wird abgelehnt.

Ein Antrag Eisleben: „Die Gaunkonferenz alle zwei Jahre stattfinden zu lassen“, wird abgelehnt, ebenso ein Antrag Magdeburg und Niederleben: „Die Beiträge zur Gaustaffe von 5 auf 10 % zu erhöhen.“

Die nächste Konferenz findet in Burg statt. Beschlossen wurde noch, daß die Fragebogen alle Vierteljahre einzureichen sind und hierauf die Konferenz mit einem Hoch auf die Organisation geschlossen.

Eingekandt.

Die Korbmacher von Zeitz

protestieren gegen meine Kandidatur, dagegen kann man nichts jagen; es ist dies ein Recht, welches Jeder hat. Daß ich in meiner Jugend einen Fehler gemacht habe, dafür kann auch ich nicht; daß man jemandem aber Fehler, die zwölf Jahre zurück liegen, heute noch vorhält oder übeln lassen will, ist meines Erachtens sehr ungerath. Ich werde meine Kandidatur nicht ignoriren, wenn's die Zahlstelle nicht will; daß muß dieje wissen, ob würdig oder unwürdig.

Wir thun es nur leid, daß mich die Verhältnisse nicht in eine solche vollendete Gesellschaft hineingesetzt haben, wie sie die Kollegen in Zeitz bilden. Die Zeitzer Kollegen, lauter Menschen ohne Fehler, können es ja auch wagen, die Fechtbarkeit in die Öffentlichkeit zu ziehen, die ein anderer Mensch befißt.

Habe ich früher auch einen Fehler begangen, so habe ich mich doch nicht vergangen gegen meinen Stand, gegen die politische noch gewerkschaftliche Organisation.

Kollegen, nun urtheilt, ob das Recht in Bernburg oder in Zeitz liegt.

Ich habe einen Brief in der Hand; würde ich ein Mensch sein, dem Alles gleich sei, so würde ich denselben direkt der Staatsanwaltschaft übergeben. Erstens sind in diesem Briefe Unwahrheiten enthalten, verbunden mit Bormwürfen, die strafrechtlich schwere Folgen haben dürften.

Nun ist es aber kein Korbmacher, der diesen Brief geschrieben hat, sondern der Kollege Gerhardt, hinter welchem sich die Herren in Zeitz verdrückt halten. Ich will aber nicht, daß Gerhardt für die fehlerfreien, glorreichen Korbmacher leiden soll. **Erst Caschel, Bernburg.**

Wir meinen auch, daß man einen Kollegen, der in seiner Jugend einmal einen Fehltritt beging, den er bitter geküßt hat, nicht für sein ganzes Leben aus der Gesellschaft austoben sollte. Möge man gerecht sein gegen einen Kollegen, der das Opfer recht unglücklicher Verhältnisse geworden ist, und der seit vielen Jahren bemüht gewesen ist, gemeinsam mit seinen Mitarbeitern dem Arbeiterstande ein besseres Loos zu erkämpfen, eine Gesellschaftsordnung zu beseitigen, die auch seinen Fehltritt indirekt verschuldet hat. Die Redaktion.

Warnung.

Der Stodarbeiter Ernst Schröder aus Hamburg hat bis Ende des vorigen Jahres in Berlin gearbeitet und durch sein unkollegialisches Verhalten sich sehr unbeliebt gemacht. Aus diesem Grunde ging er aus der Werkstätte heraus und bekam vom Unternehmer Drehbank und Stöcke geliefert, um so außer dem Hause zu arbeiten, nachdem er zuvor auf verschiedene Artikel den Preis heruntergedrückt hatte.

Plötzlich verschwand er aus Berlin und ließ Frau und zwei Kinder in der bittersten Noth sitzen. Um aber Reisetgeld zu haben, verkaufte er die Drehbank und die Stöcke, in dem Wahn, daß sie sein Eigenthum wären. Später ist ihm wieder eingefallen, daß sie nicht ihm gehörten. Die Frau, welche in anderen Umständen war, nahm sich diese schosfe Handlungsweise ihres Mannes derartig zu Herzen, daß sie ihrem Leben durch Erhängen ein Ende machte. Nun hatten die Kollegen der Werkstätte gemeinschaftlich sächsische Lotterie gespielt (Schröder war mit daran theilhaftig), das Loos wurde mit dem Einkauf gezogen. Den auf Schröder entfallenden Theil hatten die Kollegen dem Arbeitgeber eingehändigt. Schröder verlangte dringend von uns seinen Theil mit der Drohung, daß, wenn das Geld nicht bis zu einem bestimmten Tage an ihn gelangt würde, er der Polizei Anzeige erstatten würde wegen Spielens in einer verbotenen Lotterie. Diese Drohung hat er wahr gemacht und die Kollegen der Polizei denunzirt. Es haben bereits Vernehmungen stattgefunden und sehen wir unserer Verurteilung entgegen.

Ein Mensch, der eine derartige Denunziation einreicht, ist zu Allem fähig, und da ist es angebracht, daß sich jeder Kollege vor ihm hütet. Der pp. Schröder hält sich zur Zeit in Hamburg auf und möchten wir deshalb die Kollegen vor diesem „Schrenmann“ warnen, damit nicht vielleicht sich Jemand in seiner Gegenwart zu einer unbedachten Aeußerung hinreißen läßt, die dem Unachtsamen theuer zu stehen kommen könnte.

Die Kollegen der Stodfabrik  
von Schülke Nachf., Berlin, Ritterstr. 59.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Der Streit in Curt Winkler's Tischfabrik in Finsterwalde dauert fort. Außer zwei Arbeitswilligen, die schon lange im Betriebe arbeiten, hat weiter Niemand die Arbeit aufgenommen. Ein Tischler und ein Drehler, die bereits angefangen hatten, zogen es vor, als sie von der Sachlage unterrichtet wurden, den Betrieb am letzten Sonnabend zu verlassen. Einer der Beiden handigte der Zahlstellenverwaltung eine Rhinocerospeitsche ein, die ihnen vom Herbergsbater zu dem Zwecke gegeben wurde, im Eventualfalle die Streikenden durchzubläuen. Herr Winkler und sein Komplize sind einander werth. Die Rhinocerospeitsche, ein wahres Mordinstrument, liegt zur Beschäftigung bei der Verwaltung aus. Ganz besonders wird die Behörde gebeten, das Instrument, mit welchem man den Streikenden physisch in den Rücken fallen sollte, in Augenschein zu nehmen, und besonders möge sie feststellen, wer dem Herbergsbater den Auftrag gab, solche Mordinstrumente zu vertheilen. Es ist geradezu unerhört, was man sich friedlich ihre Rechte vertheidigenden Arbeitern gegenüber Alles herausnimmt. Man schreit es geradezu auf Provokationen der Streikenden abgesehen zu haben, damit Herr Winkler Oberwasser bekommt; nun, seine bisherigen Arbeiter sind vernünftig und so geschult, daß sie ihm diesen Geisallen nicht thun werden. Herr Winkler hat vor dem Einigungsamt erklärt, daß er nur zwei von den Streikenden einstellen könne. Das bestreiten wir; wozu sucht Herr W. denn überall von auswärts Arbeitskräfte heranzuziehen und warum versucht er andere Fabrikanten zu überreden, daß sie Arbeiten für ihn anfertigen? Sollte es so sein, daß die Einstellung um deswillen nicht erfolgen könne, weil Herr Winkler, wie er sagte, bei seinen streikenden Arbeitern den Respekt verloren habe? Daß ein Kampf — der mit solchen verwerflichen Mitteln seitens des Herrn W. gegen seine Arbeiter geführt wird — nicht gerade die freundschaftlichen Gefühle zueinander fördert, ist richtig, daß die Arbeiter- aber, wenn ein Kampf, der, wenn auch heftig geführt, durch einen aufrichtigen, ehrlich gemeinten Frieden beigelegt wird, ihrem bisherigen Arbeitgeber die gleiche Achtung wie früher zollen, ist ganz selbstverständlich und bedarf gar keines weiteren Hinweises, daß das auch im vorliegenden Falle geschehen würde. Fährt Herr W. aber fort, in der bisherigen Weise den Kampf gegen seine Arbeiter fortzusetzen, muß ihnen schließlich das Gefühl kommen, daß es besser ist, nicht mehr bei ihm zu arbeiten. Diese Abneigung überträgt sich auch auf Andere und die Folge ist ein stetig gespanntes Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, was dem Arbeitgeber mehr als den Arbeitern zum Schaden gereicht. Herr Winkler hat die Wahl, mag er sich noch rechtzeitig eines Besseren besinnen!

In der Turageräthefabrik von W. Meyer in Pagen i. B. sind wegen einer 16prozentigen Lohnreduktion Differenzen ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten.

Bei der Firma Schopf & Nieber, Pianofabrik in Berlin, ist der Streik, an welchem 30 Kollegen, darunter sechs Verbandsmitglieder und 20 vom Fachverein, theilhaftig waren, zu Ungunsten der Kollegen beendet worden. Schämliche an



Streik Beteiligte sind nicht wieder in dem Betrieb in Arbeit getreten.

Ausperrungsgelüste in München. Am 22. Februar ging uns folgendes Telegramm zu:

München. Wegen kleinem Abwehrstreik beschloß der Arbeitgeberverband, binnen drei Tagen die Hälfte, binnen acht Tagen die gesamten organisierten Holzarbeiter auszusperrn. A. Rath.

In der „Münchener Post“ lesen wir nun, daß es sich um einen Abwehrstreik bei der Firma Rehrer & Schnell handelt. Dort wird seit Wochen die wöchentliche Abschlagszahlung systematisch gekürzt. Bei zwei Verheiratheten, die am längsten im Geschäft sind, seit drei Wochen um M. 6, von M. 24 auf M. 18. Da die Affordräge auch gekürzt wurden, ersuchten die Arbeiter am 17. Februar die Firmeninhaber, die bisher bezahlten Abschlagszahlungen weiter zu gewähren. Da aber Herr Schnell schon öfter sein Wort den Arbeitern gegenüber nicht gehalten hat, verlangen die Leute, er möchte schriftlich erklären, daß weitere Abzüge nicht mehr gemacht werden.

Weiter heißt es in der Notiz der Lohnkommission: „Zur Illustration, wie Herr Schnell mit Lohnabzügen vorging, sei noch folgendes bemerkt: Die Firma erfreut sich im Vorhinein keiner großen Beliebtheit bei den Gehülften wegen der groben Behandlung und schlechten Entlohnung. Bei der Meisterschaft steht Schnell wegen bekannter Preisdürchdrückerei in keinem guten Geruche. Im August vergangenen Jahres waren es noch 17 Kollegen, die ein wöchentliches Kontogeld von M. 24 erhielten, heute erhalten bloß mehr drei Schreiner M. 24. Ein Schreiner erhält wöchentlich nur M. 16. Dabei ist von einem Verdienst über das Abschlagsgeld hinaus nicht die Rede. Kommt aber einmal ein Arbeiter über das Kontogeld, flugs wird unter einem nichtigen Vorwand für den Afford weniger bezahlt, dafür aber der Arbeiter mehr angetrieben. Vor etlichen Wochen erhielt ein Schreiner für eine Kredenz M. 40, als sie fertig war, hatte der Mann etwas über das Kontogeld verdient. Heute muß ein anderer Arbeiter zwei solche Möbelstücke um je M. 32, also das Stück um M. 8 billiger machen. Beim Affordiren wird kein Widerspruch geduldet, wenn es nicht paßt, der kann gehen. Wir fordern Herrn Schnell auf, zu erklären, ob es etwa nicht wahr ist, daß Gehülften an Samstagen mit M. 7 und noch weniger nach Hause geschickt wurden? Ist es etwa nicht wahr, daß kürzlich ein Schreiner, ein tüchtiger Mann, pro Tag M. 1,70 verdient hat? Solche Beispiele könnten mehrere angeführt werden. Solchen Verhältnissen gegenüber sollten sich die Herren Arbeitgeber neutral verhalten und nicht mit Ausperrung drohen. Im Streik stehen 21 Gehülften; lediglich zwei Nachkollegen sind als Arbeitswillige zu verzeichnen. Wir ersuchen die Kollegen, das Geschäft von Rehrer & Schnell zu meiden.“

Die Firma Holle & Kruschwitz und die Firma G. Große in Greiz (beide Webstuhlfabrikanten), wollen die Affordarbeit wieder einführen, wie im verflossenen Winter. G. hat einen verheiratheten Tischler entlassen und einen ledigen für 3/3 pro Stunde billiger eingestellt. Billige Arbeitskräfte ist die Lösung.

Berichtigung. Bezüglich der Ausperrung der Modelltischler und Drechsler in der Union, Elektr. Ges., sowie bei E. Loew in Berlin wird es in der Notiz in Nr. 8 der „Holzarbeiter-Zeitung“ heißen:

„Der Lohnsatz betrug bisher 65—68 J. Dann haben nicht die bisher dort beschäftigten Kollegen die zu minderen Bedingungen arbeitenden zum Aufhören veranlaßt, sondern dieselben facten den Beschluß selbstständig, ohne Weisung der Uebrigen.“

Nachträglich haben die Kollegen der Firma F. F. F. in Friedriessberg ebenfalls die Arbeit für die Union verweigert, desgleichen die Kollegen der Firma Schrepp, Berliner Modellfabrik. Die betreffenden Firmen sind deshalb gleichfalls gesperrt. Bis heute haben sich in der Union 5 Modelltischler, 2 Bau Tischler und ein Drechsler (alles mindertwerthige Kräfte) als Arbeitswillige (Streifbrecher) gefunden für 40 ausgesperrte Modelltischler. Die anderen gesperrten Werkstätten sind von Arbeitswilligen bis jetzt noch frei. Zeichnungen sind abgeschickt nach Düsseldorf, Leipzig, Stettin und Bremen. Wir ersuchen die Kollegen in den betreffenden Orten, darauf zu achten, eventuell die Anforderungen zu hinterziehen. Zugang ist fernzuhalten.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Die Kollege Beder Wahlen machen — läßt. Uns sind einige Exemplare eines Zirkulars zugegangen, das sich mit den bevorstehenden Wahlen zum Gewerkschaftskongress im 5. Wahlbezirk unseres Verbandes befaßt. Da der Inhalt dieses Zirkulars, das anscheinend vervielfältigt den sämtlichen Wahlstellen des betreffenden Wahlbezirks zugegangen ist, recht wenig einwandfrei ist, und die ganze Art des Vorgehens eine recht bedenkliche Seite unseres Verbandslebens enthält, sehen wir uns genöthigt, auf die Sache näher einzugehen, obwohl wir damit auf das Gebiet des Persönlichen gelangen. Das betreffende Zirkular lautet in seinem vollen Inhalt:

Hannover, den 19. Februar 1902.

An die Wahlstellen des 5. Wahlbezirks zum Gewerkschaftskongress.

Werthe Kollegen! Wie Ihnen durch Zirkular des Hauptverbandes des Holzarbeiterverbandes bekannt geworden, hat die Wahlstelle Hannover den Bauvorsteher für den 14. Bau, Kollegen Beder-Hannover, als Kandidaten aufgestellt. Kollege Beder ist seit dem Jahre 1893 Vorsitzender des genannten Bezirkes und seit langen Jahren in der Agitation für unseren Verband thätig. Dadurch, daß er in früheren Jahren durch seine Betätigung in kleinen wie großen Orten der verschiedenen Gegenden Deutschlands mit den Verhältnissen dieser Orte bekannt geworden, dürfte er sich als Vertreter am dem Gewerkschaftskongress am besten eignen. Er wird gern bereit sein, eventuelle Wünsche und Anträge der einzelnen Orte im Falle der Wahl auf dem Kongress zu vertreten. Kollege Beder ist Gegner der Pensionisten-

zung der Verbandsbeamten, welche von der Generalkommission angefordert wird, und wird diese seine Stellungnahme mit Nachdruck auf dem Kongress vertreten. Wir bitten Sie, dem Kollegen

G. Beder-Hannover

Ihre Stimme zu geben.

Die Ortsverwaltung.

J. A. Peter Bartels, Schriftführer.

Ein solches Vorgehen, wie es hier von der Ortsverwaltung Hannover zu Gunsten ihres Kandidaten, Kollegen Beder, geübt wird, fordert jedenfalls zur schärfsten Kritik heraus. Ist es schon ein eigenthümliches Verfahren, den Kandidaten einer Wahlstelle, der durch die Zirkulare des Vorstandes den fraglichen Verwaltungsstellen zur Genüge bekannt gemacht wird, diesen noch extra durch Zirkular zu empfehlen, so ist es für das Ansehen unserer Organisation direkt schädigend, wenn es mit einer solchen Begründung geschieht. Also dadurch, daß Kollege Beder in früheren Jahren in kleinen wie großen Orten der verschiedensten Gegenden Deutschlands beschäftigt war, dürfte er sich als Vertreter auf dem Gewerkschaftskongress am besten eignen. Wir wollen nicht untersuchen, auf welche Thatsachen sich diese Behauptung stützt, bezweifeln müssen wir aber, daß dem Kollegen Beder seine Kenntnisse der Verhältnisse dieser Orte auf dem Gewerkschaftskongress wesentliche Dienste leisten können, ebenso wie wir bezweifeln müssen, daß diese Kenntnisse Beder's für den Gewerkschaftskongress von besonderem Interesse sind. Der Gewerkschaftskongress ist doch kein klein-staatlicher Landtag, wo über Kleinbahnvorlagen oder Buzinalwege beraten wird. Es hat deshalb wenig Sinn, wenn dem Kollegen Beder die Rolle eines mandatsführenden Landesboten imputirt wird, der, um sein Mandat zu erlangen, diesem Orte eine neue Schule, jenem eine Eisenbahn und dem dritten eine Gebamme verspricht. Geradezu empörend ist es aber, wenn die Wahl Beder's damit empfohlen wird, daß die Ortsverwaltung Hannover auf seine Gegnerschaft zu der von der Generalkommission angestrebten Pensionsberechtigung der Beamten hinweist und eine Vertretung dieser seiner Ansicht auf dem nächsten Kongress in Aussicht stellt. Die Ueberzeugung des Kollegen Beder in allen Ehren, wenn er sie aber in diesem Falle dazu benutzen läßt, um seine Wahl zum Gewerkschaftskongress zu befürworten, so läuft das auf weiter nichts hinaus, als auf eine ganz gewöhnliche Wahlmache. Die Unterzeichner rechnen damit, daß die Kollegen gegen die angestellten Beamten nun einmal in etwas voreingenommen sind und suchen dieses Voreingenommensein für ihren Kandidaten auszunützen. Mit Recht wird dieses Verfahren bei bürgerlichen Abgeordneten auf's Schärfste kritisiert, doppelt bedauerlich, wenn man sich in unserer Organisation solch demagogischer Mittel zu bedienen wagt. Schon aus Anlaß der Wahlen zum letzten Gewerkschaftskongress mußten wir beobachten, wie die Freunde des Kollegen Beder seine Wahl mit ähnlichen Mitteln durchzuführen suchten. Von einer Stellungnahme wurde damals abgesehen, weil es doch immerhin eine unangenehme Sache ist, in der breiteren Öffentlichkeit derartige die Qualität unserer Organisation niederdrückende Fälle zu besprechen, und weil man der Ueberzeugung war, Kollege Beder würde so viel Takt besitzen und seine Freunde im Interesse der Organisation in die nöthigen Schranken zurückzuführen. Nun das nicht geschehen ist, muß dieses Verfahren als das bezeichnet werden, was es ist, als eine ganz gewöhnliche, das Ansehen unserer Organisation schädigende Wahlmache.

Der schweizerische Holzarbeiterverband hält am 28. und 29. März in Bern seinen Verbandstag ab. Der Verbandstag des Korbmacherverbandes hat bereits am 23. Februar stattgefunden.

Gewerkschaftliches.

Der vierte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands wird nach einer Bekanntmachung der Generalkommission vom Montag, 16. Juni, bis Sonnabend, 21. Juni, in Stuttgart stattfinden. Als Tagesordnung ist vorläufig vorgegeben: 1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate usw.) 2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission und Berathung der Anträge, betreffend: a) Agitation (allgemeine); b) Agitation unter den Arbeiterinnen; c) Streikunterstützung und Streikstatistik; d) Reichs-Arbeiterssekretariat; e) „Correspondenzblatt“; f) Wahl und Organisation der Vertreter in der Sozialgesetzgebung. 3. Submissionswesen (Streiklausel). 4. Die Hausindustrie. 5. Die Thätigkeit und rechtliche Stellung der Arbeitersekretariate. 6. Arbeitslosenstatistik und Arbeitslosenversicherung. 7. Das Koalitionsrecht der Eisenbahner. 8. Die Stellung der Gewerkschaftskarteile in der Gewerkschaftsorganisation. 9. Unterstützungsfonds für Gewerkschaftsbeamte. 10. Berathung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Kongresse und Verbandstage. Ein Kongress der Fleischergehilfen Deutschlands, der erste seiner Art, findet am 30. März d. J. in Berlin statt. Im Anschluß hieran wird am 31. März der erste Verbandstag des Fleischerverbandes abgehalten. — Ebenfalls hält der Verband der Maschinisten und Heizer Deutschlands am 30. und 31. März seinen Verbandstag in Magdeburg ab. Der Verband, welchem zur Zeit zirka 6000 Mitglieder angehören, will, analog dem Vorgehen anderer Gewerkschaften, für seine Mitglieder ebenfalls eine Arbeitslosenunterstützung einführen; außerdem soll eine Reorganisation stattfinden, wonach die verschiedenen Vereine und Filialen in Wahlstellen umgewandelt werden, unter angemessener Erhöhung und Einführung von wöchentlichen Beiträgen. — Die Generalversammlung des Porzellanarbeiterverbandes findet zu Pfingsten d. J. statt.

Textilarbeiterausperrung in Greiz. In der Industrie, besonders in der Stoffbranche, ist die Konjunktur zur Zeit sehr günstig, was die Arbeiter begrifflicherweise ausnützen, um ihre recht gedrückte Lage etwas aufzubessern. In einer ganzen Anzahl von Betrieben des Boglanbes ist ihnen das auch gelungen. Bei der Firma Gebr. Albert in Greiz wurde

ihnen auf ihr wiederholtes Drängen schließlich bündig erklärt, daß von einer Lohnaufbesserung keine Rede sein könne und im Falle eines Streiks der aus 17 Firmen gebildete Fabrikantenverein seine Arbeiter auszusperrn würde. Diese Ankündigung zeitigte unter den Arbeitern eine solche Erbitterung, daß sie einmüthig die Arbeit niederlegten, worauf der Fabrikantenverein 2103 Weber ausperrte. Von den Ausgesperrten sind 1165 männliche und 938 weibliche Personen, verheirathet sind 1274, die zusammen 2766 Kinder haben; organisiert sind zirka 1000 Personen.

Eine bedeutende Maßregel wurde anlässlich des Streiks vom Landrath von Greiz beschloffen. Bekanntlich bestimmt in Art. 12 des Vereinsgesetzes, daß weibliche Personen an Versammlungen nicht theilnehmen dürfen. Da nun unter den Streikenden resp. Ausgesperrten sich etwa 1000 Frauen und Mädchen befinden, so hat ein Kommissionsmitglied der Lohnkommission mit dem Landrath Rücksprache genommen, worauf Letzterer verfügte, daß während der Dauer der Lohnbewegung die Arbeiterinnen die Versammlungen besuchen dürfen. Der Gendarmerie wurden bereits amtlich die nöthigen Instruktionen ertheilt. Beim letzten Streik 1890 wurde dergleichen Entgegenkommen seitens der Behörde nicht gezeigt. Andere Behörden könnten sich ein solches Vorgehen zum Vorbild nehmen!

Literarisches.

Der Arbeiter-Notizkalender für 1902 ist noch nicht bergelassen, wie das in früheren Jahren um diese Zeit der Fall war. Diejenigen unserer Kollegen, welche noch nicht im Besitze desselben sind, werden ersucht, umgehend bei ihrem Kolporteur des Parteiorgans denselben zu bestellen. Durch seinen reichhaltigen Inhalt (besonders seine Reichstags-mahlstatistik, die neuen Gesetze über Kriegsinvaliden-Versorgung, Unfallfürsorge für Soldaten etc., die Adressen der Arbeitersekretariate und Gewerbe-Inspektoren, Streikstatistik, Volkszählungsergebnisse, Militärlisten, Posttarif, Einnahme- und Ausgabe-Tabellen usw.) ist dieser Kalender für alle gewerkschaftlich und politisch interessierten Arbeiter ein nützliches und unentbehrliches Taschenbuch für's ganze Jahr. Wir empfehlen die Anschaffung jedem Arbeiter.

Von „Zur guten Stunde“ (Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin W 57), erschien Heft 12, Preis 40 J. Wie immer ist auch dies Heft mit zeitgemäßen Aufsätzen versehen und mit Kunstbeilagen und sauber ausgeführten Illustrationen ausgestattet. Erwähnt sei, daß jedem Heft eine Gratisbeigabe „Illustrirte Klassikerbibliothek“ angeheftet ist.

Briefkasten.

\* Wegen Raumangels blieben zurück Gautagsberichte aus Freiburg i. B., Eberfeld und Dresden. Weitere Berichte aus Berlin (Stammacher) Magdeburg, Schwewe und Hocht; zur Arbeitslosenunterstützung aus Penig, Wilhelmshaven, Altona, München, Lüneburg; Berichtigung aus Lübeck (Weinberger).

\* Broschennadeln und Nieten liefern Gebr. Moths in Berlin C, Inselstraße.

Stokam, O. W. Das scheint uns ungläublich. Zunächst kann es sich doch nicht um Vergleute, sondern um Zimmerer der Bergschachte usw. handeln, also um Zimmerer und Maurer, die der Maurermeister nach Beendigung der Arbeit im Bergwerk beschäftigt. Sie haben Recht, wenn Sie sagen, daß ein solches Beginnen zu verurtheilen ist, da es arbeitslose Maurer und Zimmerer genügend giebt, die gern arbeiten wollen. Erstaten Sie einmal Anzeige bei der Bergbehörde, vielleicht kann dem Bauunternehmer das Ausbeutungshandwerk abgemühter Bergwerksarbeiter gelegt werden.

Böhmert, O. R. Wir meinen, Kollege, daß die Angelegenheit erledigt ist; vielleicht bietet sich auf dem Verbandstage Gelegenheit, noch einmal darauf zurückzukommen.

Harburg, A. R. Für Deine Aufmerksamkeit besten Dank; hatten noch nichts davon erfahren. Gruß A. R.

A. J. 10. Die Eisenbeize ist eine schwarze Beize, die eigentlich aus nichts weiter als chromsaurem Kali besteht und je nach der Stärke des Beizbades eine hellere oder dunklere Färbung hervorbringt. Das Holz, das einem solchen Bade ausgesetzt wird, muß wieder trocken und dann mit salzsaurem Amilin übergestrichen werden, je nachdem dies öfter geschieht, davon wird das mehr oder weniger „tief schwarz“ abhängen. Um Horn grau zu beizen wird in der Regel verdünnte Schwarzbeize genommen. Sie dürften billiger wegkommen, wenn Sie sich die schwarze Beize kaufen. Paul Horn in Hamburg und E. de Gaen List (Hannover) liefern Beide eine solche.

Berlin, J. R. Leider sind wir nicht in der Lage, Ihnen einen Rath geben zu können. An Arbeitskräften und selbst solchen, die mit den Verhältnissen und der englischen Sprache vertraut sind, fehlt es in Amerika nicht, wie die Berichte über dort vorhandene Arbeitslosigkeit lehren. Einen Arbeitgeber, der Ihnen auch noch Reisevergütung zahlt, dürften Sie wohl mit der Laterna suchen müssen. Weiden Sie sich aber an folgende Adressen um Auskunft: Redaction „The Carpenter“, Philadelphia und Mr. J. Kidel, 146 West Madison Street, Chicago.

Eilenburg, Verwaltung. Hier ist ein Bericht von dort nicht eingegangen, sonst hätten wir doch sicher denselben im Briefkasten mit den anderen gemeinsam erwähnt.

M.-Glabach, G. M. Wir haben Sie ganz richtig verstanden. Thatsächlich sagten Sie, daß der Unterstützungsatz vom zweiten Carenzjahre ab um je 15 J steigen soll, also mit 90 J anfangend bis zu M. 1,50 in der 3. Klasse, mit M. 1—1,60 in der 2. und mit M. 1,10—1,70 in der 1. Klasse. Wer also fünf Jahre Mitglied ist, würde in der 1. Klasse M. 1,70, in der 2. Klasse M. 1,60, in der 3. Klasse M. 1,50 erhalten. Die Durchschnittsunterstützung berechneten Sie pro M. 1,30 mal 36 Tage = M. 46,80.

Dresden, P. St. Für Deine Auskunft besten Dank. Bericht kann erst nächste Nummer zum Abdruck kommen.

Osnabrück, W. Ja.

Veranstaltungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 Sch.)

Barmen. Am Montag, den 3. März, Abends 9 Uhr, bei F. Soeren, Brucherstr. 7.
Charlottenburg. Donnerstag, d. 6. März, bei Bernicke, Bismarckstraße: Öffentliche Holzarbeiterversammlung. Tagesordnung: Die Arbeitsweise und der Arbeitsnachweis der Unternehmer.

Cotta-Dresden. Sonnabend, 8. März, in „Stadt Dresden“.

Düsseldorf. Dienstag, den 4. März, Abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Bergerstr. 8.

Sektion der Modellschreiner. Samstag, den 1. März, Abends 9 Uhr, bei Erlinghagen, Kölnertstr. 26.

Sektion der Stellmacher. Jeden ersten Samstag im Monat bei P. Borgs, Schützenstraße.

Eisenberg. Sonnabend, den 8. März. Da in dieser Versammlung die Delegiertenwahl stattfindet, ersucht um zahlreiches Erscheinen Die Ortsverwaltung.

Elberfeld. Am Montag, den 8. März, Abends 9 Uhr, in der „Zentralherberge“, Gr. Aloybahn 26.

Ostlich. Sonnabend, den 8. März, Abends 8 Uhr, im „Vereinshaus“.

Hersford. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. im Monat im „Lindenhof“. Außerdem am Sonntag, den 2. März, Nachm. 2 1/2 Uhr, daselbst öffentliche Holzarbeiterversammlung. Tagesordnung: 1. Die Lohnabzüge bei der Firma Kopka. 2. Die geplante Arbeitslosenunterstützung und die damit verbundene Beitragserhöhung.

Wiesbaden. Jeden 2. und 4. Samstag im Monat, Abends 9 Uhr, in „Zu den drei Königen“, Marktstraße 26.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Baden-Baden. Bevollm. Chr. Bickel, Baum-Gebäude bei D., „Gasthaus zum Schwan“. Kassierer Joh. Wansch, Scheibensstraße 2. Reiseunterstützung wird zu jeder Tageszeit im „Gasthaus zum Brattwurfglöckle“, Steinstraße 7, ausbezahlt.

Bietigheim. Bevollm. Karl Kreher. Reiseunterstützung zahlt aus der Kassierer Wilh. Etra, Grabenstraße. Verkehrslokal „Gasthof zum Ochsen“.

Heidelberg. Bevollm. Rich. Widmann, Bergheimerstraße 95, 2. Et.

Hersford. Bevollmächtigter C. Schwant, Holländstr. 26. Kassierer Carl Schulze, Alst. Feldmark 300. Unser Verkehrs- und Versammlungslokal befindet sich jetzt bei Herrn Häfner im „Lindenhof“, am Lühberthor. Daselbst Reiseunterstützung.

Rittweide. Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß sich unsere Herberge im Restaurant „Sambrians“, Neustadt 8, befindet.

Mühlhausen i. G. Die Zentralherberge befindet sich vom 1. März ab in der Wirtschafft zum „Eisäffer Post“, Sinnenstr. 10, wo auch die Reiseunterstützung Abends von 6-7 Uhr ausbezahlt wird. Der Kassierer Jakob Jund, Dornacherstraße 104, zahlt in seiner Wohnung Mittags von 12-1 Uhr Reiseunterstützung aus.

Schwiebus. Bevollm. Richard Dehn, Pöllingauerstr. 3. Kassierer Aug. Schilling, Frankfurterstr. 45. Verkehrslokal „Deutsche Eiche“ bei Paul Pratsch.

Sterbetafel

des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Oskar Meissner, geb. 7. 9. 76 zu Schwiebus, gest. 16. 2. 1902 an der Proletarierkrankheit zu Schwiebus.

Franz Fischer, Schreiner, geb. 31. 1. 71 zu Donauwörth, gest. 12. 2. 1902 an der Proletarierkrankheit zu Stuttgart.

Eduard Werner, Tischler, geb. 6. 1. 68 zu Langendorf i. Schl., am 16. 2. 1902 freiwillig aus dem Leben geschieden zu Rabenau.

Albert Schellroth, Tischler, geb. 16. 12. 77 zu Bantelsteden, gest. 21. 2. 1902 an Schirmergürtel zu Sonneberg.

Ehre ihrem Andenken! Die Ortsverwaltungen.

Fremd Alex Kroner aus Waldenburg, wo nicht ist? Sendet seine Adresse an Deinen Freund Rob. Lange, Pöten 5, Bismarckstr. 107.

Schreiner

finden in Kollegen-freien durch Entgegennahme von Vorfestellungen auf den „Städt. Möbel- und Bauischreiner“ lohnenden Nebenverdienst. Näheres durch L. Heilborn, Stuttgart, Landhausstr. 2.

!! Nebenverdienst !!

bietet sich organ. Genossen durch Vertretung meiner Metall-Schwedenhilfen, Schnupftabakboxen usw. mit Namen. Erhält Meß. erhält a. Wmisch Prosp. u. Schwedenhilfen als Muster gratis u. franko. Bitte genaue Adresse. Reinhard Thate, Sobenstein-Ernstthal i. G.

Nebenverdienst

eventuell Existenz, finden etwas redegehandte Personen durch den Vertrieb gediegener Unterrichts- u. Vorlage-Werke für Möbel- u. Bauischreiner. Buchhandlung Ebert, Stuttgart, Rotenwaldstr. 16.

Ein erfahrener Tischler, verheiratet, sucht Stellung im Rheinland. Gefällige Offerten durch Reinhold Pfeiffer, Cunnersdorf im Riesengebirge 162.

Junger, tüchtiger Holzdrechler sucht Stellung auf Motorbetrieb, am liebsten in einer Möbelfabrik. Gest. Off. u. K. G. 119 an die Expedition d. Blattes.

Uhrenfabrik des württ. Schwarzwaldes sucht für ihre

Uhrfabrik-Schreinerei

per 1. April oder früher einen tücht., energischen

Werkmeister.

Nur durchaus tüchtige Bewerber wollen ihre Offerten unter Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit und der Gehaltsansprüche unt. Chiffre K. M. 114 an die Exped. d. Blattes einreichen.

Utheilhaber,

tätiger, zur Vergrößerung des Geschäfts, mech. Bau- u. Möbelschreinerei, in großem, schönem Vorort von München, zum sofortigen Eintritt gesucht. Erforderlich zu. M. 3-4000. Gesicherte, gute Existenz. Off. u. K. 118 befördert die Expedition d. Bl.

Tüchtiger Büchsentischler,

für im Polieren, sofort auf dauernd gef. Reisevergütung z. Hälfte. Zuschr. unt. L. A. 200 bef. d. Ann.-Exp. Gotthard Latte, Samburg, Stadthausbrücke 3.

Für eine größere Tischlerei mit Dampftrieb in Holstein wird zum mögl. baldigen Antritt ein erfahrener Buntischler als Zuschneider (2. Werkmeister) in dauernde Stellung gesucht.

Offerten mit Angabe bisheriger Tätigkeit und Gehaltsansprüchen u. A. A. 116 an die Expedition d. Blattes erbeten.

Ein junger Tischlergeselle sofort gesucht. H. Thomsen, Bau- und Möbeltischlerei, Rieseby b. Eckernförde.

Ein selbstständiger, tüchtiger

Polierer

für Mahagoni per sofort gesucht. Dauernde Stellung. Lohn nach Uebereinkunft. Imhof & Nukle, Orchestration-Fabrik, Köhrenbach (Baden), Schwarzwald.

Tüchtige Polierer und Schreiner, auf kleine Galanteriegegenstände geübt, suchen bei gutem Lohn Goldmann & Jamin, Oberursel.

Suche per sofortig. Eintritt 2 bis 3 tüchtige, solide Drechsler, möglichst verheiratet, auf mechanische Dreherei. Stellung dauernd in ländl. Gegend. Offerten u. M. V. 115 an d. Exped. d. Blattes.

Suche per sofort 5 Korbmacher auf Groß- und Kleingeschlagen, speziell 1 und 2 Deckelkörbe, bei hohem Akfordlohn. Dauernde Stellung. Karl Handtmann, Biberach a. Niß (Württemberg).

Suche auf sofort einen Korbmacher-gesellen auf Gematt. Conrad Port, Korbmachermeister, Heiligenroda b. Kassel.

Gesucht sofort 2 tüchtige Bürstenmacher auf Bechen, Mischen und Einzeleben. C. P. Jürgensen, Randers (Dänemark).

Schub- und Postkisten, raub und gehobelt, liefern billig. Ernst Aug. Kirsch, Kistenbauerei, Klein-Neuschönberg bei Oberbau i. G. Preisberechnung kostenlos.

Für Tischler!

Umstände halber ist in einem großen, stark im Aufblühen begriffenen Kirchdorf, in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes, ein neues Wohnhaus, worin mit gutem Erfolg Tischlerei betrieben wird, mit oder ohne Handwerkszeug sofort oder später zu verlaufen. Offerten unter H. Th. 117 an die Expedition d. Bl.

C. Bratsch, Reinickendorf-Berlin.

Bratsch's Politur „Unerreicht“ Bratsch's Eichen-Wachspeizen Bratsch's weltberühmt. Mattlack Bratsch's Schellack-Porenfüller Bratsch's Politur- u. Glanzlätze sind die besten.

Präpariert: Leipzig und Gewerbeanst. Berlin.

Gutes Polierleinen stets zu haben bei W. Schäfer, Samburg, Amandastr. 69.

Viel sparen kann Feder, der das rühmlichst bekannte und von Tausenden empfohlene

\* Felsen-Hemd \*

trägt. Bestes Tricot-Gemid, fast unzerreißbar, warm - nicht einlaufend Brust- oder Mittel- groß ganz groß Manschetten: M. 2,50 2,75 3,- 3,50 Sojen: „ 2,- 2,20 2,40

Vorhersehung ob. Nachn. d. 8 Stk. an franko. Alleinvertauf: Gustav Krüdel, Leipzig.



Umsonst und franco erhält jeder meinen Pracht-katalog mit ca. 3000 Abbild. v. Messern, Scheren, Senten, Waffen, Fernrohren, Gold- und Lederwaren u. (unentbehrl. für jeden Haus-halt). Empfehle unübertroffene Silberstahl-Naßmesser mit Gummi zu M. 2, desgleichen Diamantstahl M. 3 gegen Nachnahme oder vorherige Kassa.

Fritz Hammesfahr, Stahlw.-Fabrik, Foch-Solingen 18.

Kunstvoll gearbeitete

Gingelegte Fourniere

für Schulstempel mit Blumenbouquet M. 2, mit Blumenkorb oder Vögeln pro St. M. 2,50, Nähtischplatten pro Stk. M. 3,50 und 6.

H. Bitter, Marqueter, Heideberg.

Zahlreiche Anerkennungs-schreiben.

Technikum Stadtsulza (Thür.)

Fachschule für Tischler. Programm kostenfrei durch die Direktion.

Scherms Reisehandbuch

\* für wandernde Arbeiter. (Tourenb. f. Radf.) Ueber 2000 Reisetouren. 1 Eisenb.- u. 2 Strassenkarten. Geb. M. 1,50. 4. veränd. Auflage. Hevölk.-Ziffern v. 1900. Durch J. Scherm, Nürnberg, Fürtherstr., u. alle Buchh.

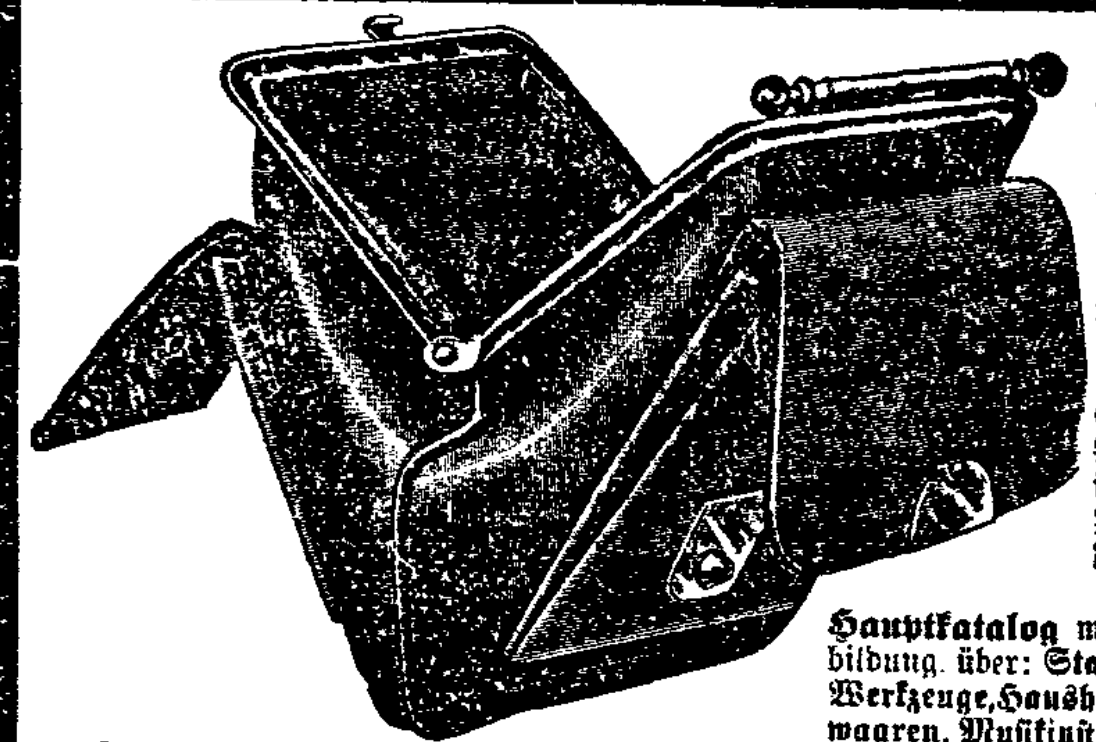
Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl.

Zeichner, Werkführer, Meister.

Tischler-Fachschule Detmold

Drei- u. sechsmonatl. Kurien. Eintritt am 1. jedes Monats. Bewährte Ausbildung.

Sport-Börse



Hochelegantes Portemonnaie. Ueberaus praktisch. Faßt viel Geld, ohne stark aufzutragen. Fein vernickelter Bügel, Sechsbündler. Sehr solide Arbeit. Preis M. 1,70, inkl. eines beliebig. Namens in Gold- druck, gegen Nach-nahme.

Hauptkatalog mit etwa 2000 Abbildung. über: Stahlwaar., Waffen, Werkzeuge, Haushaltgeräthe, Leder-waaren, Musikinstrumente aller Art, Gold- und Silberwaaren, Uhren und viele Neuheiten versenden an Jedermann umsonst und portofrei

E. von den Steinen & Cie, Wald b. Solingen 34, Stahlwaaren-Fabrik und Versandhaus.



Benötigen Sie Rasir-, Taschen-, Brot-, Schlacht-, Tischmesser und Gabeln, Scheren, Haushaltungs-Artikel, Waffen, Waagen, Lederwaaren, Albums, Bürsten, Weisen, Zigarren- und Zigarettenspitzen, so wenden Sie sich direkt an die Stahlwaarenfabrik

Gebr. Wolfertz, Wald bei Solingen Nr. 64.

Katalog mit ca. 3000 Abbildungen erhalten Sie gratis u. franco.

Gleichzeitig versendet obige Firma, um Jedermann Gelegenheit zu geben, sich von der Güte und Billigkeit ihrer Waaren zu überzeugen, ein Silberstahl-Rasirmesser Nr. 30, wie Zeichnung, mit 5jähriger Garantie, fein hobelgeschliffen, mit Etuis, fertig zum Gebrauch 30 Tage zur Probe, zum Preise von 1,50 Mk. franko. Besteller verpflichtet sich, den Betrag binnen obiger Frist ein- oder das Messer retour zu senden. Also kein Risiko. Mehr als ein Stück versenden wir nur unter Nachnahme!